

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. **73**

Febr./März 2015

Y-Trasse

1x

2450x

5820x

3270x

DB

Komplett-Set

**Y-Trasse – SuedLink – Haushalt
Bedingungsloses Grundeinkommen**

INHALT

Schiengüterverkehr Y-Trasse	
Aktionsbündnis gegen Trassenneubau	3
Neyn! Zur Geschichte der Y-Trasse	7
Proteste gegen Hochspannungsstromtrasse	
Energiewende? Ja! SuedLink? Nein	8
Bohrschlammgruben gefährden Grundwasser	
Umweltskandal aus 150 Jahren Öl	11
Haushalt der Stadt – Millionentief im Dispo	
Unterfinanziert und ausgelaugt	12
Bürokratische Entwürdigung und Entrechtung	
Lebenszeit auf Ewigkeit getötet	14
„Arbeit macht das Leben süß, ...“	
Leiharbeit bei Rothkötter in Wietze	15
Meldungen	16
Laternengespräche: Schneegida	18
ver.di für Bedingungsloses Grundeinkommen	
Wirtschaftliches Fundament für Freiheit	20
Highwaylyrics / Im Wald & auf der Heide	23
Wie Playmobil einmal nach Celle gelangte	
Die seltsame Evolution der „Klickies“	24
Andreas Flick: Êziden - Geschichte, Religion ...	25
Karl verduzt vorm weit geöffneten Radio	
Arno Schmidt zum Einhundertersten	26
Finde 10 Unterschiede zwischen Ost und West	
Freya Kliers lustiges Suchbild	27
Neal Black – Sometimes The Truth	29
Emmas Glück / Ein Morgen vor Lampedusa	30
Reinhard Strecker als Zeitzeuge in Celle	
Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“	31
Termine in Kino, Kultur & Politik	34



"Faschistische Instrumentalisierung" mit der Sprechblase "Halt dich etwas zurück, Jürgen"

Hallo,

diesmal gibt es an dieser Stelle einen äußerst erfreulichen Anlass anzuzeigen: Das Kino achteinhalb wird zwanzig Jahre alt. Wir freuen uns schon auf die große Gala am 7. Februar. Gestartet noch als „Zensor“ in Altenhagen hat das Kino seit 1996 seinen festen Standort auf dem Gelände der CD-Kaserne. Und ohne Übertreibung können wir sagen: Diese Stadt wäre ohne das „achteinhalb“ weit weniger lebenswert. Denn das Kino ist ja schon ein bisschen mehr als nur ein kleines „Lichtspielhaus“ - es ist für die Betreiber*innen wie die Besucher*innen auch ein sozialer Raum, in dem Bekant- und Freundschaften „gepflegt“ werden und die gemeinsam gesehenen Filme dann immer Möglichkeiten und Anlässe für Diskussionen bieten, die weit über filmästhetische Fragen hinausgehen. Wie bei manchem anderen würde wohl erst ein Verlust die Bedeutung gänzlich offenbaren. Aber da das Kino ja auch die große finanzielle Hürde der Beschaffung einer neuen Filmtechnik genommen hat, steht den nächsten 10 Jahren nur wenig im Weg.

Bis denn – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,
 Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Aktionsbündnis gegen Trassenneubau

So etwas hat es im Landkreis Celle seit fast 40 Jahren nicht gegeben. „Ganz normale“ Leute besuchen zuhauf Info-Veranstaltungen und organisieren sich in einem Bürgerinitiativnetzwerk, das – als Verein aufgestellt – binnen weniger Wochen über 2000 Mitglieder hat. In den 1970ern war's die in Lutterloh/Unterlüß geplante Wiederaufarbeitungsanlage mit Atommüllendlager, heute sind es Güterbahntrassen der Bahn (und die SuedLink-Stromtrasse), die die Menschen in Bewegung setzen.

Alternativplanungen zur Y-Trasse

Worum geht's eigentlich? Die Deutsche Bahn AG hat im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums Alternativen zur sogenannten Y-Trasse (eine Aus- und Neubauplanung im Dreieck HH – HB - H) erarbeitet. Fünf Alternativ- und eine Ergänzungsvariante wurden im Februar 2014 vorgelegt. Eine davon betrifft große Teile des Landkreises und der Stadt Celle.

Die Beschreibung der Bahn liest sich so:

„Die Variante SGV-Y besteht aus einer zweigleisigen Neubaustrecke (NBS) für den Schienengüterverkehr und dem Ausbau der bestehenden Strecke zwischen Soltau und Langwedel. Sie unterteilt sich in folgende drei Abschnitte: NBS ab südlich von Maschen bis in Höhe Soltau in Bündelung mit der BAB 7, NBS ab Höhe Soltau bis Celle in möglichst direkter Linie und Ausbaustrecke von Soltau bis Langwedel. Alle Strecken werden elektrifiziert. Für die Ortslage Soltau wird zusätzlich als Untervariante eine Umfahrung südlich von Soltau betrachtet. Die Anbindungen an die bestehenden Strecken werden im Norden zwischen Maschen und Jesteburg, im Süden im Bahnhof Celle und östlich von Soltau bzw. bei einer Umfahrung westlich von Soltau geplant. Für alle Streckenabschnitte wird eine Geschwindigkeit von maximal 160 km/h vorgesehen.“



Die sich daraus ergebenden Probleme benennt die Bahn in ihrer sogenannten *Machbarkeitsstudie*:

„In Summe sind bei der Variante SGV-Y ca. 25.200 WE [Wohneinheiten] durch Schallimmissionen betroffen, bei einer Umfahrung von Soltau sind es ca. 21.100 WE. Damit ergeben sich Lärmschutzwände auf einer Länge von ca. 65 km, bei einer Umfahrung von Soltau sind es ca. 61 km. Bringt man die abschirmende Wirkung der parallel verlaufenden BAB 7 in Ansatz, würde sich die Lärmschutzwandlänge um ca. 5 km verkürzen.“

Und hinsichtlich der Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes listet die Bahn folgendes auf: Rund 5 km der Neubaustrecke führen durch FFH-Gebiete, rund 28 km durch Landschaftsschutzgebiete, rund 5 km durch Naturschutzgebiete, knapp 4 km durch Vogelschutzgebiete und rund 37 km durch Wasserschutzgebiete. In der Bewertung heißt es: „Als höchst kritisch ist anzusehen, dass alle tangierten FFH-Gebiete durch das Vorkommen prioritärer Lebensräume bzw. –arten bestimmt sind, für die nach der FFH-Richtlinie im Falle von Eingriffen besonders strenge Schutzvorschriften gelten.“

Die Gesamtkosten für diese Variante belaufen sich bei einer Durchfahrt durch Soltau auf rund 3,2 Mrd. Euro.

Ausbau für Seehafen hinterlandverkehr

In der ersten Präsentation für Bürgerinnen und Bürger im September in Uelzen war auf den Bahn-Folien zu lesen: „Der Norden braucht einen Ausbau der Schienenwege um die wachsenden Verkehre aus den Häfen abfahren zu können. Der Ausbau ist unverzichtbar für die Region, für die Häfen, für Deutschland und Europa. Der Bund, die norddeutschen Länder und die DB stehen hinter dem Projekt.“ Die ganzen Konzepte drehen sich also darum, die Infrastruktur für den sogenannten Seehafen hinterlandverkehr aufzurüsten. Immer mehr Güter werden in

den Seehäfen umgeschlagen und müssen ins Hinterland transportiert werden – und die Bahn sieht dabei ihre Kapazitäten ausgereizt.

Die Bahn geht in aktuellen Prognosen davon aus, dass in Hamburg der Gesamtumschlag (in Mio. to) von 121,2 (2010) auf 228,2 (2030) erhöht, auch für Bremen wird für den Zeitraum 2010 - 2030 fast eine Verdoppelung prognostiziert. Auf dieser Grundlage wird dann auch eine Verdoppelung der Anzahl der Güterzüge angenommen: In Hamburg von 27.143 (im Jahr 2010) auf 50.000 (im Jahr 2030) und in Bremen von 12.000 (2010) auf 28.600 (2030). Zusammengenommen eine Verdoppelung der Anzahl der Züge pro Tag von 110 auf 220. (Quelle: Aktuelle Entwicklungen zum Seehafenhinterlandverkehr, Deutsche Bahn AG, Ulrich Bischooping, 07.10.2014). Etwas merkwürdig ist in diesem Zusammenhang, dass der Hamburger Hafen schon heute damit wirbt, dass mehr als 200 Güterzüge mit 5000 Waggons täglich in seinem Eisenbahnhafen ein- und ausfahren.

Trotz der oben genannten Zahlen ist es schwer herauszufinden, um wieviele Güterzüge es eigentlich geht, die künftig auf einer der Trassenvarianten verkehren sollen (siehe dazu auch den Kasten auf S. 6). Die Kapazität allerdings wäre gigantisch. Im Jahr 2008 warb der Eisenbahnexperte Professor Thomas Siefer von der Uni Hannover für einen zweigleisige Ausbau der OHE-Strecke von Winsen/Luhe nach Celle und behauptete, diese könne täglich 500 Züge aufnehmen. (taz, 07.10.2008)

BI-Forderung: Ausbau vor Neubau

Bei einem ersten überregionalen Treffen von acht Bürgerinitiativen gegen die Y-Trasse und die neuen Alternativ-Varianten (das Celler Aktionsbündnis war noch nicht dabei) wurde ein Konsens über gemeinsame Ziele und Forderungen erzielt. Gefordert wurde zum einen eine realistische Prognose als Grundlage, und zum anderen Ausbau vor Neubau:

„Die Ausgangsdaten für die Erfordernisse zusätzlicher Schienenkapazitäten sind nochmals kritisch zu prüfen und den betroffenen Bürgern zu Beginn des Verfahrens

schlüssig und verständlich darzulegen. Angekündigte utopische Wachstumsraten für den Güterverkehr wurden schon in der Vergangenheit oftmals nicht realisiert. Neue Verkehrsprognosen müssen sich an Fakten orientieren und nicht an Wunschzahlen der Politik und der Unternehmen, damit wirklich nur über zusätzliche Kapazitäten zu entscheiden ist, die nachvollziehbar unabdingbar erforderlich sind.

Sämtliche Initiativen sehen im intelligenten Ausbau vorhandener Strecken eine verträglichere Lösung für die Kapazitätserweiterung als im Bau von Neubaustrecken durch bisher unzerschnittene Landschaft. Bedingung für diese Lösung muss eine optimale und uneingeschränkte Ausstattung der betroffenen Strecken mit Lärmschutteinrichtungen sein. Es sind sämtliche technische Möglichkeiten zu nutzen, damit die künftige Belastung an den betroffenen Strecken minimiert wird.“

Protest: Langsam, aber gewaltig

In Celle kam der Protest lange nicht in Gang. Zwar hatte Henning Otte (CDU) – ganz lässig im Umgang mit vertraulichen Papieren – schon im Mai 2013 öffentlich auf die Neubaustrassenplanung der Bahn aufmerksam gemacht (CZ, 07.05.2013) und diese gleichzeitig entschieden abgelehnt. Bei der öffentlichen Vorstellung der neuen Varianten im Februar 2014 war er sich mit seiner Bundestagskollegin von der SPD, Kirsten Lühmann, darin einig, dass am Besten an der alten Planung festgehalten werde. Erstaunlicherweise passierte dann erst einmal ein gutes halbes Jahr gar nichts. SPD und Bündnisgrüne wollten anscheinend einfach auf den offiziellen, von ihrer Landesregierung geleiteten „Bürgerdialog“ warten, und Die Linke hat im ländlichen Raum eben überhaupt keine personelle Verankerung. So stellte sich Otte ab Oktober selbst „in die Bütt“. Einer ersten von ihm durchgeführten Infoveranstaltung in Bergen ließ er weitere in seinem Heimatort Eversen und in Groß-Hehlen folgen.

Aus den Veranstaltungen, die jeweils von einigen hundert Menschen besucht wurden, bildete sich dann mit einem Kern in Bergen Anfang Dezember das „Aktionsbündnis gegen Trassenneubau“. Schnell wurde auch ein



Verein gegründet. Den Ersten Vorsitz hat Jan Hendrik Hohls übernommen, ein Landwirt aus Becklingen bei Bergen. Erfreulicherweise sind im Vorstand keine ausgemachten Parteileute, sieht man mal von einem Beisitzer ab, der für die SPD im Ortsrat Groß-Hehlen ist. Und erfreulicherweise hat sich das Aktionsbündnis nicht lange mit Formalitäten aufgehalten; die Satzung ist so direkt formuliert, dass das Finanzamt Schwierigkeiten haben wird, sie bei der Frage der Gemeinnützigkeit abzuzicken. Auch wird kein Beitritt verlangt, sondern auf freiwillige Spendenbereitschaft gesetzt.

Das Aktionsbündnis hat sich sofort an das Kerngeschäft von Bürgerinitiativen gemacht, nämlich mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen eine Diskussion in der Gesellschaft anzuschleppen. Spektakulär war am 22. November das Aufstellen von rund 500 Protestkreuzen entlang der geplanten Trasse. Zu einer Abschlusskundgebung versammelten sich in Bergen dann rund 800 Teilnehmer*innen. Die Forderung der Initiative ist klar: Der Neubau der Güterzugtrasse soll verhindert werden. Und: „Wir sprechen uns ausdrücklich für einen solchen Ausbau bestehender Trassen aus.“

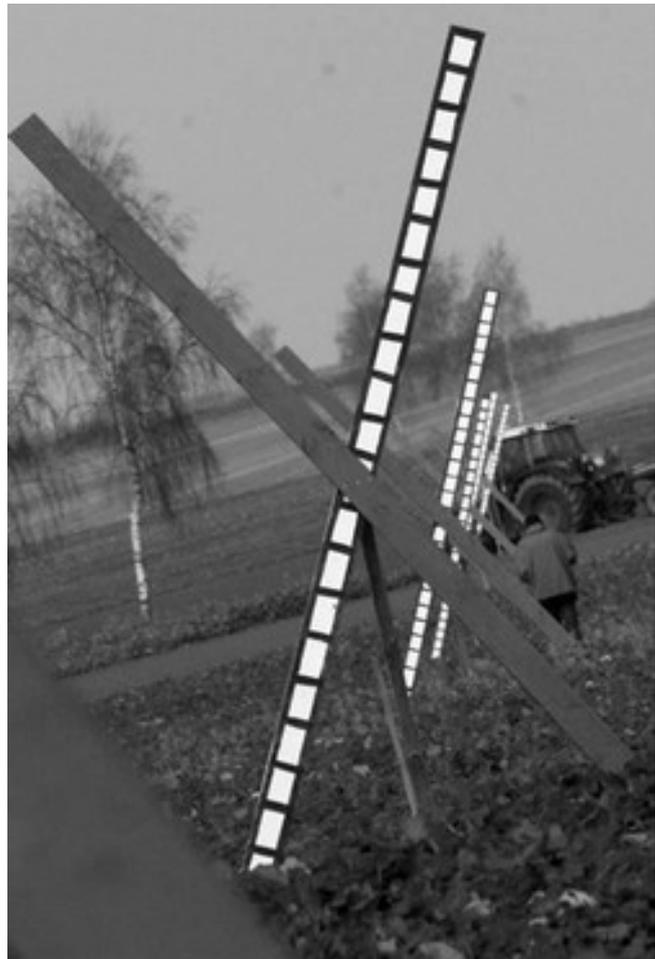
Ärgerlich ist bisher die „Strategie“, die Otte zu verankern versucht. Er ruft nämlich eine Standortkonkurrenz unter den Bürgerinitiativen aus: Er habe von Bahnchef Grube gehört, dass dort gebaut würde, „wo am wenigsten Widerstand ist.“ Seine Schlussfolgerung: „Wenn Herr Grube zu seiner Entscheidungsfindung Widerstand braucht, soll er ihn haben.“ Arbeiten die Bürgerinitiativen aber gegeneinander oder lassen sich gegeneinander ausspielen, haben sie schon verloren.

Neue, alte Alternativen

Erstaunlicherweise plädierte Otte jetzt aber nicht mehr für die alte Y-Trasse, sondern passte sich mit seinem Alternativvorschlag der Losung der Bürgerinitiativen „Ausbau statt Neubau“ an. Auf einmal heißt es bei ihm: „Hierbei sind Neubaustrecken grundsätzlich abzulehnen, da sie mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden sind. Neubaustrecken zerschneiden gewachsene Lebensräume und schaffen weitere Belastungen in der Fläche.“ Er sprach sich im November für den Ausbau der Amerika-Linie (Langwedel – Uelzen – Stendal) aus sowie für einen Teilstreckenausbau westlich der A7.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Lühmann legte ein Arbeitspapier „Seehafenhinterlandanbindung im Interesse der Menschen lösen“ vor, das vier Maßnahmen beinhaltet: a.) dreigleisiger Ausbau Lüneburg-Uelzen, b.) Ausbau der Amerika-Linie (siehe auch Otte), c.) Ausbau Rotenburg-Verden und d.) Blockverdichtung (d.h. mehr Züge) auf der Strecke Nienburg-Wunstorf.

Klingt gut, aber neu ist es nicht. Schon 2010 hat die Linksfraktion im Landtag auf Grundlage einer Studie des Umweltbundesamtes den Ausbau der Strecken Lüneburg-Uelzen, Uelzen-Stendal sowie Langwedel-Uelzen und Rotenburg-Verden/Aller vorgeschlagen. Genau diese Position findet sich auch im letzten Landtagswahlprogramm von Bündnis '90/Die Grünen.



Dialogforum Schiene Nord

Am 13. Februar startet ein „Dialogforum Schiene Nord“. In der Celler Congress Union sollen bis November acht Sitzungen stattfinden, moderiert von der „vom Hoff Kommunikation GmbH“ (Düsseldorf). Ziele sind: die Ermittlung von Vor- und Nachteilen verschiedener Trassen, die Identifizierung von Kriterien, die bislang nicht angemessen berücksichtigt wurden sowie eine Reduktion der Anzahl der weiter zu behandelnden Trassen.

Zum Verfahren selbst, für das übrigens Kosten von 600.000 Euro veranschlagt sind, heißt es in einer Pressemitteilung des niedersächsischen Verkehrsministeriums:

„Die Dialogforen werden im Abstand von etwa vier Wochen in einem gut erreichbaren Tagungshotel stattfinden [...], der Prozess soll nach einem Jahr beendet sein. Die Zusammensetzung des Dialogforums ist noch nicht endgültig abgeschlossen. Angestrebt wird eine Teilnehmerzahl von 80 Personen aus den betroffenen Bereichen und Interessengruppen. Als Teilnehmer sind unter anderem die Länder Hamburg und Bremen sowie die betroffenen Landkreise [...] vorgesehen. Vertreter der Wirtschaft, von Umwelt- und Verkehrsverbänden und Bürgerinitiativen werden ebenfalls eingeladen. Bund, Land Niedersachsen und Bahn werden im Forum ständig vertreten sein. Das Dialogforum wird kein Parlament sein. Abstimmungen sind nicht vorgesehen. [...] Es wird zusätzlich einen Livestream der Sitzungen auf der neuen Website des Dialogforums geben, ebenso wie eine

schriftliche Dokumentation der Ergebnisse. Auch der Abschlussbericht wird veröffentlicht. Die Internetpräsenz wird im Januar 2015 freigeschaltet. Bürgerinnen und Bürger können ihre Anliegen in das Dialogforum einbringen. Dies soll sowohl über die Website als auch offline - per Post - möglich sein. Die eingebrachten Anliegen werden durch den Moderator geordnet und zusammengefasst in das Forum eingespeist."

Die Website ist unter der Adresse www.dialogforum-schiene-nord.de zwischenzeitlich eingerichtet.

Chance oder Farce?

Von Seiten der Bürgerinitiativen sollen 15 Personen beteiligt werden. In ihrer gemeinsamen Positionsbestimmung vom November hatten die Bürgerinitiativen noch gefordert, dass mindestens eine einfache Mehrheit der Teilnehmer*innen aus den Reihen der Initiativen benannt werden soll. Behörden und Politik hätten im Zuge der anschließenden Raumordnung und Planfeststellung wie auch über die Parlamente im Rahmen der politischen Entscheidungsfindung ausreichend Gelegenheit, Einfluss auf das Ergebnis des Verfahrens zu nehmen.

Gescheitert sind die Initiativen auch mit ihrer Forderung nach Einsetzung einer Gutachter*in, die/der gemeinschaftlich von den Bürgerinitiativen ausgewählt und aus Mitteln des Planungsverfahrens finanziert wird. Begründung: „Die Mehrheit der Bürgerinitiativen sieht sich nicht in der Lage, technische Planungen und deren Grundlagen, die von den Experten der Bahn im Zuge des Verfahrens vorgelegt werden, so zu prüfen, dass eine objektive Bewertung möglich ist. Auch für die Erarbeitung eigener Alternativen und deren Prüfung ist fachkundige Unterstützung unerlässlich.“

Entscheidung liegt beim Bundestag

Ein bisschen merkwürdig ist es vielleicht, dass ein sich ausdrücklich als überparteilich definierendes Aktionsbündnis anscheinend nichts dagegen hat, wenn gerade die Parteipolitiker*innen von CDU und SPD bei jedem Foto in der ersten Reihe stehen. Die Unterstützung von Otte und Lühmann, Wiswe und Mende zeigt zwar die gesellschaftliche Breite der Ablehnungsfront an. Für die Abstimmung im Bundestag – denn der trifft letztlich die Entscheidung – ist es aber völlig irrelevant, ob Otte und Lühmann gegen Neubautrassen im Landkreis Celle stimmen. Den Bürgerinitiativen muss es in einer gemeinsamen Anstrengung darum gehen, die Interessen aller möglichen Betroffenen zu wahren. Die Wahlkreisperformance von Bundes- und Landtagspolitikern sollte da besser hinten anstehen.

„Gegen eine endlose Flut von Containern bleibt auch ein kluger Hafen- und Verkehrswegebau ein quichotesker Kampf gegen Windmühlen“, prognostiziert der BUND in einer 2010 erschienenen Broschüre zur „Seehafenpolitik“. Auf lange Sicht hilft einzig Verkehrsvermeidung. Aber das geht nur über gravierenden Veränderungen in Produktion und Konsum.

Transparenzmonster

Antwort auf eine Kleine schriftliche Anfrage - Drucksache 17/2187 - Wortlaut der Anfrage der Abgeordneten Ernst-Ingolf Angermann, Gudrun Pieper, Jörg Hillmer und André Bock (CDU), eingegangen am 14.10.2014

Was weiß die Landesregierung zur Y-Trasse?

Zur Y-Trasse gab es in der Vergangenheit zahlreiche Informationsrunden für kommunale Vertreter. Dennoch kommen insbesondere aus dem kommunalen Bereich Fragen, die nahelegen, dass nicht alle Fakten in ausreichendem Maße offengelegt wurden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viel Tonnage soll über den neuen Streckenkorridor pro Tag bzw. pro Jahr transportiert werden?
2. Welche Zuglängen werden die Strecke passieren?
3. Wie viele Züge werden pro Tag die Strecke befahren, und welche Taktung ist hierbei vorgesehen?
4. Sind auf dem Streckenkorridor auch Nachtfahrten vorgesehen? Welche Taktung ist hierbei vorgesehen?
5. Wird der Personenverkehr auf den Bestandsstrecken weiterhin uneingeschränkt möglich sein?
6. Ist auf einer möglichen Neubaustrecke neben Güterverkehr auch Personenverkehr vorgesehen, und, wenn ja, welche Art von Personenzügen?
7. Wird eine Wachstumsreserve im Gütertransport bei der Auswahl der Varianten berücksichtigt?

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Z3-01424/0020/2187/Y-Trasse - Hannover, den 18.11.2014

[...] Alle Varianten sind technisch umsetzbar, jedoch grundsätzlich nicht vergleichbar, da sie im Ergebnis unterschiedliche verkehrliche Wirkungen erzielen. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (MW) steht in enger Abstimmung mit dem Bund, welcher derzeit eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung der Varianten (Nutzen-Kosten-Bewertungen) auf Basis der neuesten Verkehrsprognosen für das Jahr 2030 durchführt. Die abschließenden Ergebnisse liegen noch nicht vor. [...]

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1 bis 7:

Den in der (grundsätzlichen) Machbarkeitsstudie der Bahn AG untersuchten fünf Varianten liegen diverse Parameter zugrunde und führen im Ergebnis zu unterschiedlichen Ergebnissen und Problemlösungen.

Die aufgeworfenen Fragen werden in dem ab Anfang 2015 beginnenden Dialogprozess zur Y-Trasse und deren Varianten geklärt. Dazu werden auch die dafür erforderlichen Nutzen-Kosten-Bewertungen des Bundes vorliegen.

Olaf Lies

Neyn! Gegen Ignoranz und Uneinsichtigkeit

Was jetzt im Heidekreis und den Landkreisen Celle, Harburg, Lüneburg und Uelzen viele Menschen auf die Barrikaden treibt, sind die Alternativplanungen zur sogenannten Y-Trasse. Wegen massiver Proteste von Bürgerinitiativen wie auch einer Kostenexplosion war diese 2012 zu den Akten gelegt worden. Ein Blick auf die Geschichte lohnt, weil die Alternativen sich so besser verstehen lassen.

1992 stellte die Deutsche Bundesbahn Planungen für eine Neu- und Ausbaustrecke zwischen Hamburg, Bremen und Hannover vor, die auf eine Entmischung von Hochgeschwindigkeits- und Nah- bzw. Güterverkehr zielten. Die Neubaustrecke sollte den Fernverkehr bedienen und die vorhandene Trasse zwischen Hamburg und Hannover so für den Nah- und Güterverkehr „effizienter“ machen.

Die sogenannte Y-Trasse sollte aus drei Teilabschnitten bestehen, die sich y-förmig zusammenfügen und an vorhandene Strecken im Raum Hamburg, Bremen und Hannover anbinden: a.) Neubaustrecke Lauenbrück–Isernhagen, 81 km, befahrbar mit 300 km/h, b.) Ausbaustrecke Visselhövede–Langwedel, 27 km, befahrbar mit 160 km/h und c.) Neubaustrecke Isernhagen–Lehrte, 17 km, befahrbar mit 160 km/h.

Dagegen entwickelte sich eine für den ländlichen Raum beeindruckende Protestbewegung, im Oktober 2000 schrieb der SPIEGEL: „Urlauber und Ausflügler, die derzeit die Lüneburger Heide durchstreifen, können dem schwarz-gelben Symbol des Widerstands kaum entgehen. "Neyn!" heißt es auf zahllosen Plakaten in Norddeutschland. Damit protestieren Hausbesitzer und Bauern, Bürgerinitiativen und Umweltverbände gegen ein Milliardenprojekt der Deutschen Bahn: die so genannte Y-Trasse [...] Bundesumweltminister Jürgen Trittin hält die Pläne für sinnvoll, "um die Kapazitäten der Bahn in dieser Region zu erweitern". [...] "Wir brauchen die neuen Trassen", sagt Michel Golibrzuch, Sprecher der Landtagsfraktion in Hannover. Grüne Quertreiber vor Ort passen da gar nicht ins Konzept. [...] Zahlreiche Bürgerinitiativen der Region kontern die "Ignoranz und Uneinsichtigkeit" (Initiative "Bürger für Umwelt") der Landespolitiker mit skurrilen Protestaktionen. Neben Demonstrationen, Lichterketten und Mahnfeuern, die fast jedes Wochenende die Dorfabende in der Heide erleuchten (Motto: "Die Heide brennt"), haben Aktivisten bei Rotenburg gleich mehrere Hektar Ackerland so umgepflügt, dass per Luftaufnahme das "Neyn!"-Logo der Bürgerinitiativen erscheint. Rund 22 000 Einsprüche gegen den Plan sind mittlerweile bei der zuständigen Bezirksregierung in Lüneburg eingegangen.“

Aufgrund einer Kostenexplosion wurde das Projekt 2004 als „mittelfristig zurückgestelltes Vorhaben“ eingemottet, um zwei Jahre später unter Bundesverkehrsminister Tiefensee (SPD) wieder angeschoben zu werden.

Zwischenzeitlich hatte sich die Argumentation gedreht. Im Zentrum stand jetzt der prognostizierte Anstieg des Seehafenhinterlandverkehrs, die Argumentation zur Notwendigkeit einer separaten Hochgeschwindigkeitstrasse für den Personenverkehr trat vollständig in den Hintergrund.



Aufgrund ihrer Konzeption als Hochgeschwindigkeitsstrecke für den Personenverkehr sei die Y-Trasse aber nicht geeignet, in dem erforderlichen Umfang Güterverkehr zu realisieren, stellte 2007 die Siefer-Studie („Ertüchtigung des norddeutschen Eisenbahnnetzes für den wachsenden Schienengüterverkehr“) fest.

Und einen weiteren Dämpfer erhielten die Pläne 2010 durch eine Studie des Umweltbundesamtes: „Das Y ist der sichere Weg, den Vor- und Nachlauf der norddeutschen Seehäfen zu verstopfen.“ Sämtliche ursprünglichen Annahmen hätten sich in ihr Gegenteil gewendet. Von der Fixierung auf Hochgeschwindigkeitsverkehr sei man weggekommen. Der Schienengüterverkehr befinde sich nicht mehr auf Tal-fahrt. Im Gegenteil: Ihm komme sogar eine Treiberrolle zu. Der Personennahverkehr habe sein damaliges Schattendasein längst hinter sich gelassen. Die Y-Trasse setze indes primär auf Reisezeitgewinne: dreizehn Minuten zwischen Hannover und Hamburg, acht Minuten zwischen Hannover und Bremen. [...] Als Alternative zu dem Megaprojekt Y-Trasse schlug die Studie den dreigleisigen Ausbau der Strecke Lüneburg–Uelzen bzw. den zweigleisigen Ausbau der Strecken Uelzen–Stendal sowie Langwedel–Uelzen und Rotenburg–Verden vor.

Eine sogenannte Bedarfsplanüberprüfung empfahl 2010 die Untersuchung des Streckenausbaus für reinen Güterverkehr und warf erhebliche Zweifel in Sachen Kosten-Nutzen-Analyse auf. Schließlich forderte die Bundesregierung die Deutsche Bahn im Januar 2012 auf, Alternativen zur Y-Trasse zu untersuchen. Im Juli 2012 kündigte Bahnchef Grube an, die Planung ergebnisoffen und in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen zu gestalten.

Alles für die Energiewende? Oder nur für Kohle?

Der Turm der Celler Stadtkirche ist 74 Meter hoch. So hoch sind auch die Masten einer Stromtrasse, die im Jahr 2022 auf einer Länge von 600 km Deutschlands Norden mit dem Süden verbinden soll. Und diese Masten stehen entlang der Strecke dann alle 300 bis 400 Meter. „Sued-Link“ nennt sich das Mammutprojekt. Klar, dass sich dagegen Widerstand formiert. So auch im Landkreis Celle, den die Trasse nach bisheriger Planung im äußeren Südwesten queren soll. Das „Aktionsbündnis gegen Trassenneubau“ und „die“ Politik sind sich einig: Wi wullt den Schiet nich hebbeln. Jedenfalls nicht vor unserer Haustür.

Der Celler Kreistag beschloss in seiner letzten Sitzung des vergangenen Jahres eine Resolution. Darin heißt es:

„Der Landkreis Celle lehnt den Neubau der Höchstspannungsstromtrasse „SuedLink“ als Überlandleitung durch das Gebiet des Landkreises Celle ab. Die Bundesnetzagentur und die Fa. TenneT TSO werden aufgefordert, in den weiteren Planungen des Vorhabens „Sued-Link“ die Bündelung der Stromtrasse entlang des Verlaufes der Bundesautobahn A 7 westlich des Truppenübungsplatzes Bergen und ab AS Allertal Richtung Hannover ggf. unter Verwendung von Erdverkabelung zu favorisieren. Der Kreistag fordert zudem die heimischen

Bundestagsabgeordneten auf, dass sie sich im Sinne der Resolution einsetzen.“

Mit der Forderung nach Verlegung der Trasse an die Autobahn machte man es sich einfach. Björn Gehrs, Samtgemeindegemeindevorsteher in Schwarmstedt, wies einige Tage vor der Abstimmung empört darauf hin, dass ohne jegliche Ortskenntnis die geplante Trasse einfach dem Nachbarn zugeschoben werden solle. Keine ganz unberechtigte Beschwerde, fand Behiye Uca (Die Linke). Ihr Antrag, die entsprechende Passage zu streichen, fand jedoch keinerlei Unterstützung.

Wie schon parallel bei der Neubaurassenplanung der Bahn reden insbesondere CDU-Politiker einer Standortkonkurrenz das Wort. Der Kreistagsvorsitzende Torsten Harms (CDU) formulierte die dahinter stehende Logik so: „Ein artiges Kind sagt nichts und ein artiges Kind kriegt nichts. Daher sind wir mal unartig, sagen etwas und schauen dann, was wir kriegen.“ Dass genau das eine „kindische“ Haltung ist, wollten nicht einmal die bündnisgrünen Kreistagspolitiker*innen wahrnehmen.

Der „Bundesverband Bürgerinitiativen gegen Sued-Link“ hat eine andere Position: „Unter dem Motto „JA, zur Energiewende, NEIN zur Stromautobahn SuedLink“ sprechen wir uns für eine dezentrale Energieplanung bzw. Energiepolitik als tragfähige Alternative zum Sued-Link-Projekt und den in diesem Zusammenhang beschlossenen Trassenprojekten aus und fordern die Politik zum Umdenken auf.“ Umdenken jedoch wollen die Bundes- und Landtagsabgeordneten von CDU und SPD, die sich auch im Celler Kreistag „tummeln“, in dieser Frage gerade nicht – ihnen geht es einzig darum, sich ihren Wähler*innen als Heimatschützer zu präsentieren. Auf diese Linie reduzieren sich dann auch die Argumente der „Begründung“ der Kreistagsresolution – die selbstverständlich trotzdem richtig sind:

„Der Landkreis Celle ist sich den Herausforderungen für den Stromnetzausbau, die sich durch die Energiewende ergeben, bewusst. Gleichwohl würden die [...] geplanten Trassenverläufe der „SuedLink“ im Bereich der Vorzugstrasse sowie der Alternativrouten um Bergen, über die Gemarkungen Wolthausen und Winsen, Richtung Wietze, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes erheblich beeinträchtigen. So verläuft die Trasse in einer Landschaft, die bisher fast nur land- und forstwirtschaftlich geprägt ist und bislang keine Vorbelastungen durch größere Straßen- und Stromtrassen aufweist. Deshalb haben zentrale Bereiche eine bundesweite Bedeutung als unzerschnittener Lebensraum. An Naturschutzgebieten und Natura 2000-Gebieten sind das NSG „Großes Moor bei Becklingen“, das NSG „Meißendorfer Teiche/Bannetzer Moor“ und die FFH-Gebiete „Örtze“ und „Aller“ besonders be-





treffen. Zudem kreuzt der Trassenverlauf zwei geplante Erweiterungsflächen des Landschaftsschutzgebietes „Naturpark Südheide“. Aufgrund der ausgedehnten Wälder und der dadurch bedingten relativen Störungsfreiheit finden sich entlang der gesamten Trasse zahlreiche Brutvorkommen streng geschützter Großvogelarten wie z.B. Seeadler, Fischadler, Rotmilan, Schwarz- und Weißstorch, die durch den Trassenverlauf in den Austauschbeziehungen zwischen den vorgenannten Schutzgebieten einem hohem Kollisionsrisiko ausgesetzt werden.“

Eine Frage stellen sich die Kreistagsabgeordneten im Unterschied zu den Bürgerinitiativen aber nicht, nämlich: Ist diese „Stromautobahn“ überhaupt notwendig? Und wenn ja, für was eigentlich?

„Wenn wir Ja sagen zu erneuerbaren Energien, dann müssen wir auch Ja sagen zu den Stromtrassen.“ So lautet das Standardargument von CDU und SPD. Insgesamt 2.800 Kilometer neue Stromtrassen durch Deutschland sollen in den kommenden Jahren gebaut werden, Kosten: 10 bis 20 Milliarden Euro. Ganz im Gegensatz dazu konstatierten Kritiker*innen, dass das gesamte Vorhaben der Idee der Energiewende nicht nur widerspricht, sondern diese enorm blockiert.

Zu den Kritiker*innen gehört u.a. *Eurosolar*, die 1988 u.a. von Hermann Scheer gegründete gemeinnützige Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energie. In der Stellungnahme zu einer Anhörung des Hessischen Landtags im Juni 2014 wird u.a. folgendes behauptet:

„1.) Der im Netzentwicklungsplan (NEP) 2013 und im Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) 2013 dargelegte

Übertragungsnetzausbaubedarf verfolgt vor allem die Aufrechterhaltung einer massiven Stein- und Braunkohlestromerzeugung und steht damit im Widerspruch zur Energiewende,

2.) rekurriert auf einen unrealistisch großen und unnötig teuren Ausbau der Offshore-Windenergie,

3.) geht von einer zentralistischen Energiewende aus und übergeht die Chancen und ökonomischen Vorteile einer dezentralen Energiewende,

4.) berücksichtigt in keiner Weise die Entwicklung von Stromspeicherkapazitäten, [...]

7.) und wird mit Beachtung der o.a. Punkte zu Unrecht als notwendig für die Energiewende oder gar als deren Voraussetzung bezeichnet.“

Nach *Eurosolar* dienen die Trassen im Westen und Osten (siehe Grafik S. 8) vor allem der Sicherung der Braunkohlestromproduktion in NRW und Ostdeutschland. Mit den Planungen gäbe es eine Einspeisegarantie für Kohlekraftwerke, und dies bei gleichzeitig steigender Einspeisung von regenerativem Strom. In der Praxis dürfte dies darauf hinauslaufen, Kohlestrom in die Nachbarländer zu exportieren, statt die CO₂-Schleudern in dem Maße herunterzufahren wie die regenerative Erzeugung wächst.

Das Fazit von *Eurosolar*: „Die Behauptung, es gehe dabei um die Energiewende ist also erkennbar eine Nebelkerze, die von dem tatsächlich der Energiewende zuwiderlaufenden Interesse an Erhalt und möglicherweise sogar Ausbau der Kohlekraftwerke ablenken soll. Es ist jedoch nicht einsehbar, warum die deutschen Steuerzahler und Stromverbraucher für die Profitinteressen privater wirtschaftlicher Unternehmen einstehen sollen.“

Der zweite Aspekt, den *Eurosolar* hervorhebt, ist, dass die Trassenplanungen (insbesondere SuedLink) nur deshalb sinnvoll erscheinen, weil sie sich auf die teuerste Variante der Energiewende fokussieren: auf Offshore-Konzepte mit Windkraft auf hoher See. Betreiber bekommen für Offshore-Windkraftanlagen eine rund doppelt so hohe Vergütung wie für Land-Windkraftanlagen. Viele Zusatzkosten können Offshore-Anlagenbetreiber auf die Stromverbraucher*innen abwälzen. Sinnvoll wäre dagegen die Energiewende dezentral anzulegen, also vor allem auf der Basis von Land-Windkraftanlagen und Photovoltaik voranzutreiben. Dies wäre auch deshalb kostengünstiger, da mit dezentralen Anlagen die Nutzung von Übertragungsnetzen vermieden wird. Was die Kapazitätsplanungen für die Stromtrassen auch nicht berücksichtigen, sind – so *Eurosolar* – auf mittlere Sicht Flexibilitätsoptionen wie dezentrale Stromspeicher.

Der eingeschlagene Pfad des Übertragungsnetzausbaus ist also (in seinen Ausmaßen) nicht zu begründen. Wer sind dann die Profiteure?

Hierzu liefert ein Positionspapier aus der Linksfraktion im Bundestag („Sinn oder Wahnsinn des Netzausbaus: Scheitert „Die Energiewende“ an Stromleitungen?“) eine Antwort:

„Das sind nicht nur die Übertragungsnetzbetreiber. Nutznießer sind auch die großen zentralen Energieerzeuger. Solange der Netzausbau auf zentrale Großkraftwerke ausgerichtet bleibt, wird das tradierte Stromsystem bis weit in die Zukunft manifestiert und das Oligopol der vier großen Energieerzeuger geschützt. Das hängt nicht nur mit der Struktur des Stromnetzes, sondern auch mit der Kostenstruktur der Netzentgelte zusammen. Große Energieerzeuger liefern nur auf dem Papier billigen Strom. Die Transportverluste, die entstehen, wenn zentral eingespeister Strom über weite Entfernungen transportiert wird, zahlen alle Verbraucher über die Netzentgelte. Lokale Bürgerenergiegenossenschaften und Stadtwerke werden dabei ausgebremst. Weitere Profiteure dieser Kostenwälzung sind Großverbraucher, die sich bundesweit den billigsten Stromanbieter aussuchen können und somit wiederum zur Netzbelastung beitragen. Auch Finanzinvestoren profitieren. Für jeden in den Netzausbau investierten Euro fließen neun Prozent Rendite. Bei der Projektierung von Übertragungsleitungen verdient ebenfalls die Bauindustrie.“

„Viele neue Höchstspannungsleitungen – wofür und für wen?“ fragt auch Dr. Lorenz Jarass, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule Rhein-Main, in einem Aufsatz für das „Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2014/15“: „Die offiziellen Netzausbauplanungen und einschlägige Netzausbaugesetze sind gänzlich einseitig von den Interessen der Stromerzeuger geprägt und beruhen zudem auf volkswirtschaftlich fehlerhaften Ansätzen. Der angeblich erforderliche Netzausbau ist deshalb weit überdimensioniert. Die resultierenden unnötigen Kosten von vielen Milliarden Euro muss der Stromverbraucher tragen.“ Für ihn ist die zentrale Frage: „Was soll geschehen, wenn immer häufiger mehr elektrische Energie in das deutsche Verbundnetz eingespeist werden soll, als in Deutschland und den Nachbarregionen nachgefragt wird? Wer muss dann die Erzeugung drosseln?“ Hier steht „Kohle“ gegen „Erneuerbare“ – Jarass meint: „In dieser Auseinandersetzung zum Schutz der Rentabilität von Investitionen in Milliardenhöhe für bestehende (sowie in Bau und Planung befindliche) Kohlekraftwerke liegt der zentrale Konflikt, der hinter allen umstrittenen Netzausbaufragen steht.“

In dem Positionspapier der Linksfraktion vom April 2014 werden Alternativen entwickelt, die hier nur schlagwortartig angerissen werden sollen: Lastmanage-



ment statt blinder Netzausbau; Windkraft im Süden ausbauen, Solarstrom im Norden; Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen – Strom- und Wärmenetz verknüpfen; Umrüstung auf bedarfsgerechte Biomassestromerzeugung; in Entwicklung von Speichern investieren statt in überzogenen Netzausbau; standortabhängige Beteiligung der Stromlieferanten an Netzkosten; einheitliches Netzentgelt - Befreiung nein, Reduzierung ja; Bahnstromnetz in die Prüfung einbeziehen. Die Konsequenz aus all dem ist die Forderung nach einem sofortigen Stopp der Planungen zusätzlicher Stromtrassen.

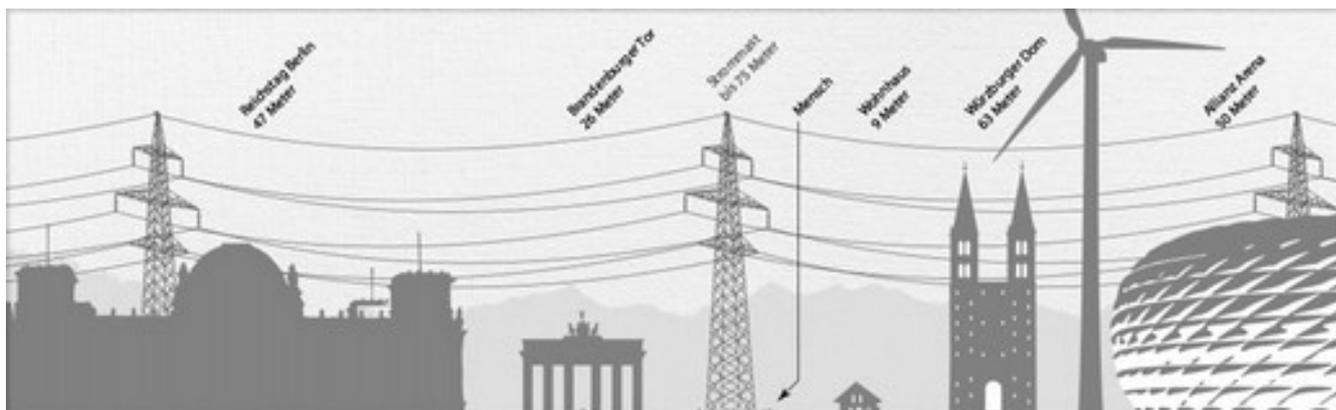
Wir sehen: Die Trassendiskussion bietet viel mehr Stoff, als uns die Kreistagspolitiker*innen weismachen wollen – denn es geht um weit mehr als die Verschandelung der Landschaft, und dagegen hilft weder die Forderung nach einer Trassierung entlang der Autobahn noch eine Kabelverlegung unter der Erde.

Quellen:

EUROSOLAR-Stellungnahme im Hessischen Landtag zum Ausbau von Übertragungsnetzen: <http://www.eurosolar.de/de/index.php/medien-mainmenu-53/pressemitteilungen-mainmenu-16/1875-stellungnahme-im-hessischen-landtag-zum-ausbau-von-uebertragungsnetzen>

Sinn oder Wahnsinn des Netzausbaus: Scheitert "Die Energiewende" an Stromleitungen?: <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/sinn-wahnsinn-netzausbaus-scheitert-die-energiewende-stromleitungen/>

Jarass, Lorenz: Viele neue Höchstspannungsleitungen – wofür und für wen? Zur Nachhaltigkeit der Stromversorgung im Rahmen der Energiewende: <http://www.jarass.com/home/index.php/DE/energie/aufsaeetze/1243-viele-neue-hoechstspannungsleitungen-wofuer-und-fuer-wen>



Bohrschlammgruben gefährden Grundwasser

Zehntausende Tonnen giftiger Bohrschlämme verunreinigen an hunderten Orten Niedersachsens die Böden. Das brachten Ende letzten Jahres Recherchen des NDR Verbraucher- und Wirtschaftsmagazins „Markt“ ans Licht der Öffentlichkeit. Es hatte an einigen Orten, wo Bohrschlamm in Gruben gefüllt worden war, Bodenanalysen durchführen lassen. Der höchste Wert wurde nördlich von Stemmen nahe des Naturschutzgebietes Tister Bauernmoor gemessen: 53.000 mg/kg Mineralölkohlenwasserstoffe – das zehnfache des von der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) empfohlenen Maßnahmenschwellenwertes. Die zuständige Aufsichtsbehörde, das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) in Hannover, wie auch das Umweltministerium reagierten aufgeschreckt und kündigten systematische Untersuchungen an. Selbstverständlich ist auch der Landkreis Celle betroffen, war die Region doch eines der niedersächsischen Hauptfördergebiete von Erdöl.

Das gesamte Ausmaß lässt sich aktuell schwer einschätzen. Unter der sogenannten „Bergaufsicht“ des LBEG stehen aktuell nur noch 38 dieser Bohrschlammgruben – darunter zwei im Landkreis Celle: eine am westlichen Rand des Naturschutzgebiets „Brand“ zwischen Wathlingen und Ehlershausen, ein weitere nordwestlich bei Spechtshorn. Diese unter Bergaufsicht stehenden Schlammgruben werden „überwacht“, z.B. durch ein Grundwasser-Monitoring. Die meisten Gruben sind allerdings längst aus der Bergaufsicht entlassen, weil man der Auffassung war, dass keine „gemeinschaftlichen Einwirkungen“ mehr auftreten würden. Landesweit geht die LBEG von mindestens 400 Bohrschlammgruben aus, zuständig sind hier die jeweiligen Unteren Bodenschutzbehörden. Der Zweckverband Abfallwirtschaft hat bisher im Landkreis Celle 36 „identifiziert“. *„Sechs Schlammgruben auf Bohrplätzen konnten ermittelt werden,“* teilte der Landrat auf Anfrage von Behiye Uca (Die Linke) mit, *„weil sie auf Kriegsluftbildern erkennbar waren. Angesichts der Anzahl der abgeteufte Bohrungen dürfte es von diesen, eher kleinen Gruben, die sich unmittelbar auf oder nahe den Bohrplätzen befinden deutlich mehr geben.“* Insgesamt wurden im Landkreis Celle über 4.000 Bohrungen nach Erdöl niedergebracht; ungefähr die Hälfte davon allein im Feld Wietze.

Im Jahr 1859 begann in Niedersachsen die industrielle Erdölförderung, nachdem der Geologe Konrad Hunäus bei Wietze eine der weltweit ersten ölfündigen Bohrungen niedergebracht hatte. Allein im Landkreis Celle wurden daraufhin bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts mehrere hundert Bohrungen durchgeführt. Bis 1904 durfte jeder Grundstückseigentümer eine Erdölbohrung auf seinem Boden abteufen und eine Schlammgrube anlegen, ohne die Bergbehörde in Kenntnis zu setzen. Bis in die 1960er Jahre blieb es – wenn auch unter Aufsicht – gän-

gige Praxis, neben jeder Tiefbohrung eine einfache Grube zur Ablagerung von Grabungs- oder Bohrrückständen anzulegen. Später wurden Rückstände mehrerer Bohrungen in einer zentralen Schlammgrube abgelagert. Bei Betriebsende der jeweiligen Bohrung wurde entschieden, wie der Standort wieder nutzbar gemacht werden konnte – manchmal wurde der Bohrschlamm wohl entfernt und die Grube saniert, zumeist jedoch blieb der Schlamm an Ort und Stelle. Heute landen Bohrschlämme auf Sondermülldeponien.

Das Problem besteht nun darin, dass die Bohrschlammgruben Schwermetalle, radioaktive Stoffe und Mineralölkohlenwasserstoffe enthalten können. Bei der Untersuchung von Bohrschlamm aus der Grube bei Stemmen wurden auch problematische Werte hinsichtlich polyzyklisch aromatischer Kohlenwasserstoffe (PAK) festgestellt. Diese Schadstoffe sind hochtoxisch, können krebserzeugend wirken und sind nur schwer abbaubar. In hoher Konzentration stellen Mineralölkohlenwasserstoffe eine Gefahr für das Grundwasser dar. *„Mit Mineralöl kontaminierte Böden gehören nicht in die Landschaft“*, so die Einschätzung von Prof. Wolfgang Calmano, Institut für Umwelttechnik und Energiewirtschaft an der Technischen Universität Hamburg-Harburg. *„Das Mindeste, was man heute tun müsste, wäre, an diesem Ort Grundwasseruntersuchungen durchzuführen.“*



Das LBEG recherchiert jetzt systematisch nach Schlammgruben, die mit der Erdöl- und Erdgasförderung in Verbindung stehen könnten, d.h. seit dem Beginn der Erdölförderung in Niedersachsen. Zur Vervollständigung dieser Recherchen wurden die Unteren Bodenschutzbehörden sowie alle Unternehmen der Erdöl- und Erdgasindustrie angeschrieben. Die Ergebnisse werden regelmäßig veröffentlicht und im Frühjahr 2015 soll ein Zwischenbericht präsentiert werden.

Einen interessanten Einblick gibt „Zeitbombe Bohrschlamm“ (Beitrag in „plusminus“ vom 3.12.2014), zu finden in der ARD-Mediathek.

Seit Jahren unterfinanziert und ausgelaugt

Die Lebensqualität einer Stadt hängt von vielem ab. Zumeist sind es gewachsene Strukturen, die sich von heute auf morgen weder gravierend verschlechtern noch verbessern. Allerdings gibt Jahr für Jahr der Stadtrat mit der Verabschiedung des Haushaltsplans eine Entwicklungsrichtung vor – auch oder gerade unter dem Vorzeichen roter Zahlen. Was dabei herauskommt, lässt sich dann im Kleinen genauso beobachten wie im Großen.

Von den 20 in der Longlist nominierten Titel für den Deutschen Buchpreis 2014 fanden sich Mitte Dezember gerade mal drei in den Regalen der Stadtbibliothek – die rigorose Kürzung im vergangenen Jahr um 50.000 Euro musste sich bemerkbar machen. (Der Ansatz ist für 2015 übrigens wieder der Alte, es sei denn der Oberbürgermeister verkündet erneut eine Haushaltssperre). Für 30.000 Euro wird dagegen 2015 eine sogenannte Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, mit der das Lieblingsprojekt von OB Mende und Stadtwerke Geschäftsführer Edathy, nämlich der Bau einer Multifunktionshalle auf der „Herrenwiese“ weiterverfolgt wird. Dies wird das Bundesligateam der Frauen vom SV Garßen freuen. Ob sie noch im Oberhaus spielen, wenn eine solche Halle fertig wäre, ist eine offene Frage. Offen ist dagegen nicht, dass die Stadt zwei Rasenplätze und der SV Dicke seinen Platz verlieren würde. Und dass Helene Fischer auch dann nicht nach Celle kommt und eine solche Halle ein weiteres Millionengrab darstellt, ist ebenso klar wie Kloßbrühe. Dies sind nur zwei Beispiele, wie die Haushaltspolitik das Leben verändern kann.

Es geht also immer auch um Qualität. Aber genau dies gerät in den Hintergrund, wenn sich „die“ Politik das Sparen auf ihre Fahnen schreibt. Und nicht nur dies. Auch bei den Fragen nach der Quantität gerät einiges aus den Fugen. Statt sich der Probleme bei „Großbaustellen“ zu widmen, wo es um Millionen geht, verkauft man Sparfolge im fünfstelligen Bereich hier und dort als hausalterische Großtaten.

Über eins herrscht kaum Dissens: Die Stadt steckt knietief im Dispo. Der Streit beginnt bei der Ursachenforschung. Während die CDU-Fraktion auf die Ausgabe Seite schaut und – verkürzt gesagt – will, dass die Stadt beim Personal spart, verweist Oberbürgermeister Mende vor allem auf die Problematik fehlender Einnahmen. Aber da der Einfluss auf letzteres eher gering ist, setzt sich die Logik der CDU zunehmend durch.

Vielleicht lohnt ein Blick in die Vergangenheit: Der letzte Ergebnishaushalt, in dem die Stadt Celle ein Plus erwirtschaften konnte, stammt aus dem Jahr 2008. Im Februar 2009 wurde dann Dirk-Ulrich Mende zum Oberbürgermeister gewählt – und seitdem geht's bergab. Nur hat das eine mit dem anderen nichts zu tun. Entscheidend ist die sogenannte Finanzkrise, die sich ab 2009 zu einer weltweiten Wirtschaftskrise ausweitete – und auch die

Städte nicht ungeschoren ließ. Der wichtigste Indikator hierfür ist die Gewerbesteuer. Sie belief sich in Celle im Jahr 2008 auf 58 Millionen Euro und sackte im Folgejahr auf 42 Millionen, ein Minus von 28 Prozent. (Der Redlichkeit halber muss angemerkt werden, dass es sich beim Ergebnis für 2008 zusätzlich um einen Ausreißer nach oben handelte.) Heute, sechs Jahre nach dem Ausbruch der Krise liegt die Gewerbesteuer bei rund 48 Millionen Euro. Zehn Millionen weniger als 2008 – und es sind im Prinzip genau diese Millionen, die der Stadt zu einer soliden Haushaltsplanung fehlen.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu: Im Jahr 2006 fühlte sich der damalige Oberbürgermeister Biermann gewissermaßen als Lottogewinner, denn die EU hatte für die Periode 2007-2013 unter dem Label „Ziel 1“ ein dickes Förderprogramm aufgelegt, von dem die Stadt profitieren wollte (erinnert sei nur an den ins Auge gefassten Umbau des Hafens zur „Marina“). Und um den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Deutschland zu begegnen, legte die CDU/SPD-Bundesregierung 2009 das „Konjunkturpaket II“ auf, das neben der klimapolitisch unsäglichen Abwrackprämie auch Fördermittel für Städte und Gemeinden versprach. Und auch hier griff die Stadt Celle zu. Rat und Verwaltungsspitze wurden zu regelrechten „Fördermitteljunkies“, wie es Oliver Müller (Die Linke/BSG) mal auf den Punkt brachte. Die Krux bei der Sache ist, dass nichts zu 100 Prozent bezuschusst wird, sondern die Stadt jeweils mindestens ein Drittel selbst aufbringen muss.

Man befand sich trotzdem gewissermaßen im Paradies von Links-Keynsianer*innen: Einer Krise wird begegnet mit zusätzlichen Ausgaben der öffentlichen Hand. Dabei werden Schulden in Kauf genommen, um „Wirtschaft“ und Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Und wenn die „Konjunktur“ wieder anspringt, werden die Kredite mit den erneut sprudelnden Steuern zurückgezahlt. Wenn man nichts gegen den ganzen Wachstumskäse hat, keine ganz schlechte Idee. Nur für Celle geht sie bislang nicht auf.

Damit sind wir wieder beim Punkt Gewerbesteuern. Dies ist unbestritten die wichtigste Einnahme der Städte. Bemessungsgrundlage ist der Gewerbeertrag, vereinfacht gesagt: der Gewinn. Die Kommunen beeinflussen die ihnen zustehenden Steuern dann noch mit einem Hebesatz. Dieser beträgt in der Stadt Celle zur Zeit 410 Prozent, in Hannover liegt er bei 460 und in Unterlüß bei 370 Prozent – d.h. in Hannover zahlt ein Unternehmen auf denselben Gewinn mehr, in Unterlüß weniger als in Celle.

In unserem Zusammenhang ist aber die konjunkturelle Durchschnittsentwicklung ganz interessant. Erinnern wir uns: Celle hat aktuell gerade mal 80 % der Gewerbesteuererinnahmen vor der Krise. Im Bundesdurchschnitt dagegen haben die Städte und Gemeinden den Stand von 2008 schon im Jahr 2012 wieder überschritten, Nieder-

sachsen hinkt im Durchschnitt leicht hinterher, hat aber das Ergebnis von 2008 im Jahr 2013 wieder erreicht.

Die Frage, warum die Stadt Celle hier eine solche Sonderentwicklung aufweist, drängt sich geradezu auf. Kein Großbetrieb hat Pleite gemacht, eher im Gegenteil: Personal wird aufgestockt, die Gewerbegebiete finden reichlich Nachfrage. Irritieren kann darüber hinaus, dass die Verwaltungsspitze im Jahr 2013 ihre Ursprungsprognose bei den Gewerbesteuererträgen gewaltig nach unten korrigieren musste, aber darauf unter Berufung auf das Steuergeheimnis bislang keine Antwort gegeben hat. Wenn jetzt im Zuge der Luxemburger Steuerenthüllungen zu lesen war, dass auch Baker Hughes, Halliburton und Cameron in Luxemburg Holdings unterhalten, ist Spekulationen selbstverständlich Tür und Tor geöffnet. Denn dass sich in Luxemburg Öl fördern lässt, war bislang unbekannt.

Nur: Die Spekulation ändert nichts daran, dass in den kommenden Jahren jeweils ein Minus von rund 10 Millionen Euro ins Haus steht. Und so gehen die „Sparbemühungen“ weiter.

Mit ihrer Forderung nach einer „Deckelung“ der Personalausgaben konnte sich die CDU-Fraktion noch nicht durchsetzen. Was hätte das bedeutet? Bleibt der Haushaltsposten gleich, hätten die Steigerungen durch Tarifierhöhungen künftig durch einen Abbau von Personal aufgefangen werden müssen. Der Oberbürgermeister und die SPD-Fraktion kamen der CDU aber insoweit entgegen, dass mit einer „Wiederbesetzungssperre“ Personalkosten eingespart werden sollen. D.h.: Wenn durch Verrentung oder anderweitiges Ausscheiden eine Stelle frei wird, soll diese für einen gewissen Zeitraum nicht wieder besetzt werden. Oliver Müller (Die Linke/BSG) hat unserer Erachtens zu Recht darauf hingewiesen, dass die Konsequenz ist, dass die Mitarbeiter*innen schlicht Mehrarbeit leisten müssen, wenn ihr Fachbereich von einer solchen Wiederbesetzungssperre betroffen ist. Selbst wenn dies im Einzelfall klappen mag, in der Breite wird es dazu führen, dass in ein, zwei Jahren wieder der hohe Krankenstand im Rathaus beklagt wird.

Noch problematischer dürfte das nach wie vor verfolgte Projekt der Ausgliederung der Abwasserwirtschaft in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) sein. Hierunter leidet insbesondere die Transparenz dieses im Sinne der Bürger*innen kostenrechnenden Haushaltstitels. Kostenrechnend heißt, dass alle Kosten auf die Gebühren umgelegt werden. Das ist aktuell transparent im Haushalt nachvollziehbar. Damit wäre es bei dieser Art von „Privatisierung“ tendenziell vorbei. Die Gewerkschaft ver.di wehrt sich gegen eine solche Ausgliederung, weil sie Nachteile für die Beschäftigten prognostiziert.

Von der im Rahmen des Sparprozesses im vergangenen Jahr aufgestellten Liste, dürften insbesondere noch zwei Punkte für Unmut sorgen. Zum einen sind beträchtliche Einsparungen im Sportbereich geplant, die vor allem durch Verlagerung von Kosten auf die Vereine realisiert werden sollen. Zum anderen steht nach wie vor die Erhebung von Pachtgebühren bei den Kleingärtner*in-



nen im Raum, was vor allem die Pächter*innen mit geringen Einkommen oder Hartz IV so hart treffen würde, dass etliche ihre Kleingärten aufgeben müssten. Aber die freiwerdenden Parzellen können dann ja – zynisch gesprochen – von jenen übernommen werden, denen man durch die beschlossene Umwandlung der Kleingartenanlage Hollenkamp in Boye in ein weiteres Wohngebiet die Gärten raubt.

Gleichzeitig – und auch dies sei abschließend gesagt – gibt es keinerlei Interesse, das Millionengrab Congress-Union mal auf den Prüfstand zu stellen. Wer unbedingt privatisieren will, sollte hier anfangen, forderte Oliver Müller für Die Linke/BSG und wies erneut auf die Kosten hin.

Gegen den Haushalt stimmten neben der Fraktion Die Linke/BSG diesmal – wenn auch mit anderen Argumenten – Bündnis '90/Die Grünen sowie als einzige aus ihren Fraktionen Udo Hörstmann (Die Unabhängigen) vor allem wegen der Allerinsel und Hartmut Knigge (CDU), bei dem anzunehmen ist, dass er gern mehr bei den Personalkosten gekürzt hätte. Die Opposition ist klein und hat zudem noch unterschiedliche Beweggründe.

In ihrer Broschüre vom August 2013 "Unterfinanziert und ausgelaut - Zur finanziellen Situation der Kommunen in Niedersachsen" benennt die Gewerkschaft ver.di den Kern des Problems so: "Es wird so getan, als hätten die Gemeinden in der Vergangenheit nicht haushalten können und nicht genug gespart. Dabei jagt in immer mehr Städten, Gemeinden und Landkreisen ein Haushaltskonsolidierungskonzept (HSK) das nächste. Die finanzielle Lage der Kommunen spitzt sich bundesweit seit Jahren immer weiter zu. Dabei wird verkannt, dass das finanzielle Desaster eben nicht hausgemacht ist, sondern strukturelle Ursachen hat. Seit über 10 Jahren haben Bundesregierungen jeder Couleur die Gemeindekassen ausgeblutet. Durch Umverteilung der Lasten von oben nach unten sind in den letzten Jahren den Kommunen jährlich 30 Milliarden Euro entzogen worden."

Lebenszeit auf Ewigkeit getötet

Die Situation von Flüchtlingen weltweit verschlechtert sich durch Konflikte und Katastrophen dramatisch. Europa wird dabei immer stärker zu einem Anlaufpunkt und sollte sich seiner besonderen Verantwortung bewusst sein. Leider ist dem nicht so. Dies zeigt u. a. die unterlassene Hilfeleistung im Mittelmeer, die Abschiebungen mit Todesfolgen, aber auch der Umgang mit den Massakern an Yeziden und Kurden in Syrien.

An der Grenze der EU spielen sich täglich inhumane Katastrophen ab. Flüchtlinge werden zurück aufs Meer gedrängt, Seenotrettung bleibt aus.

2014 starben 3.400 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Die Dunkelziffer liegt mit Sicherheit jedoch viel höher. Trotzdem ertönt ungeniert der Ruf nach mehr militärischer Abwehr von Flüchtlingen, weiterer Abschottung und dem Bau von immer höheren Zäunen zur „Festung Europa“. Deutschland macht sich damit mitschuldig am Tod tausender Menschen. Offenbar geht es weniger um unsere Werte von Demokratie und Menschenrechte, sondern um die Wohlstandssicherung um jeden Preis.

Es wird in Kauf genommen, dass Flüchtlinge in der Wüste, im Mittelmeer, in Europa sterben. Und wer dieses undurchdringliche System überwunden hat und ankommt, bei dem wird durch das Dublin-System Lebenszeit auf Ewigkeit getötet.

Die geltende Regelung der EU sieht vor, dass Flüchtlinge dort ihren Asylantrag stellen müssen, wo sie das Gebiet der Union betreten. Dabei gilt das „Verschuldungsprinzip“. Der Staat, der seine Grenzkontrollen vernachlässigt, ist schuld, dass es ein Flüchtling nach Europa geschafft hat und muss das Asylverfahren durchführen. Das belastet die europäischen Randstaaten außerordentlich und dadurch, dass die Außengrenzen mit Hilfe von Sicherheitskräften und unüberwindbaren Zäunen etc. abgeriegelt werden, werden Fluchtwege für die Flüchtlinge blockiert.

Durch das Dublin-System ist ein innereuropäisches System geschaffen worden, wodurch Flüchtlinge wie Stückgut hin- und hergeschoben werden und dies über mehrere Jahre. So wird Lebenszeit auf Ewigkeit getötet. Es zeigt sich, dass das Dublin-System in vollem Umfang gescheitert ist.

Flüchtlinge leben dadurch in ständiger Angst vor Abschiebung. Sie sind häufig vor dem physischen und psychischen Zusammenbruch. Das Dublin-System kann als Europäische Verfolgung und Schikanie bezeichnet werden, sie werden zwangsweise von einem Ort zum anderen Ort innerhalb der EU abgeschoben. Wo ist da der Respekt für Menschenrechte, für menschliche Werte und Würde? Flüchtlinge sind Opfer des teuflischen Dublin-Systems.

In der Stadt und im Landkreis Celle leben viele Flüchtlinge, die unter das Dublin-System fallen. In Osnabrück, in Lüneburg und an anderen Orten setzen sich Initiativen gegen diese inhumane rassistische Flüchtlingspolitik ein. Abschiebungen werden verhindert und Flüchtlinge in ihren Rechten unterstützt. Warum werden Flüchtlinge in Celle nicht kämpferisch und solidarisch unterstützt?



Wiswe: Fünf Abschiebungen in 2014

Gegenüber der CZ erklärte Landrat Klaus Wiswe (CDU), dass im Jahr 2014 fünf Flüchtlinge aus dem Landkreis Celle im Rahmen von Dublin II abgeschoben wurden. 13 Personen hätten abgeschoben werden sollen, aber wurden aus medizinischen oder juristischen Gründen nicht vollzogen, drei Personen seien „untergetaucht“. - Insgesamt seien im Jahr 2014 im Landkreis Celle 620 Asylsuchende aufgenommen worden, im laufenden Jahr rechnet Wiswe mit 750 Flüchtlingen. Interessanterweise ist dies genau die Größenordnung, die der Landkreis laut Prognosen ohne Zuwanderung pro Jahr verlieren würde – und erinnern wir uns nur mal an das Gejammere über diese demografische Entwicklung.

Flüchtlinge dezentral unterbringen

Der Landkreis Celle hat ein Wohnraumförderungsprogramm von 500.000 Euro aufgelegt. Vermieter*innen können Modernisierungszuschüsse beantragen und müssen sich im Gegenzug verpflichten, fünf Jahre an Flüchtlinge zu vermieten. Behiye Uca (Die Linke) hat in ihrer Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass ein Problem darin besteht, dass die Risiken von zwischenzeitlichen Leerständen durch Anerkennung oder Abschiebung auf die Vermieter*innen abgeschoben wird und es deshalb besser wäre, wenn der Landkreis die Wohnungen an- und untervermietet. Positiv zu vermerken ist die Haltung des Landkreises, „Menschen ausschließlich in Wohnungen unterzubringen“ und an diesem Kurs festhalten zu wollen, „da es der Integration deutlich förderlicher ist, die Asylbewerber dezentral unterzubringen“, wie es in der Vorlage der Kreisverwaltung heißt.

Als Leiharbeiter bei Rothkötter in Wietze

„Gute Zeitarbeit für Arbeitnehmer bedeutet, ein faires Gehalt erhalten, mit Respekt behandelt werden und Tätigkeiten ausführen dürfen, die fordern, ohne zu überfordern und den persönlichen Wünschen und Qualifikationen entsprechen.“ So steht's auf der Internetseite von Jobdirekt, einer Zeitarbeitsfirma. Deren Sitz ist in Haren, Wietze und Emmen (NL). Rothkötter hat ebenfalls Niederlassungen in Haren und Wietze, wie praktisch. „Als professioneller Personaldienstleister mit Standorten in Haren (Emsland), Wietze (Celle) und Emmen (Niederlande) schlagen wir eine Brücke zwischen Zeitarbeitern und Betrieben und sorgen für einen reibungslosen Ablauf. Was uns auszeichnet? Jahrelange Erfahrung. Regelmäßiger persönlicher Kontakt zu unseren Mitarbeitern und Kunden. Zeit für Gespräche, um individuelle Anforderungen und Wünsche zu ermitteln. Und nicht zuletzt Fairness, Offenheit und Zuverlässigkeit in allen Bereichen“, so Jobdirekt.

Wie sieht diese Fairness aus, wenn jemand mit Jobdirekt einen Arbeitsvertrag schließt und bei Rothkötter arbeitet? Da bekommt jemand einen Arbeitsvertrag, in dem 28 Stunden pro Woche vereinbart sind, obwohl dann regelmäßig Mehrarbeit verlangt wird, z.T. über 40 %.

Wenn so viel Arbeit anfällt, warum wird dann nicht jemand regulär eingestellt? Und wenn schon Arbeitskräfte „geliehen“ werden, warum dann nicht in Vollzeit? Dann könnten die Betroffenen auch evtl. von ihrem Lohn leben und müssten nicht weiter zum Amt als „Aufstocker“. Die Mehrarbeit sind keine Überstunden, d. h. es gibt keinen Zuschlag, solange die Arbeitszeit die Stunden der Vollzeitjobs nicht überschreitet. Das klingt seltsam, ist aber so. Doch damit nicht genug – die Stunden, die über die vertraglich vereinbarten hinausgehen, werden nicht sofort ausbezahlt, sondern werden auf Arbeitszeitkonten gesammelt bis an die gesetzlich erlaubte Obergrenze, und erst dann ausbezahlt oder durch freie Tage abgebaut. Das heißt, der Lohnsklave, sorry – ich meine der Arbeiter – gewährt seinem Sklavenhalter – sorry, ich meine Arbeitgeber – einen zinslosen Kredit. Und wenn wir mal davon ausgehen, dass es sich nicht um einen Einzelfall handelt, sondern ein System ist, dann wird sich das schon lohnen. 150 Plusstunden bei Vollzeit sind erlaubt, d.h. 120 bei einer 28-Stunden-Woche. Das mit dem allerdings knauserigen Lohn von 8,50 € multipliziert sind über 1000 € pro Arbeitnehmer. 2011 war in der TAZ von ca. 45 Leiharbeitern die für Rothkötter Wietze gesucht wurden zu lesen. Und dann vermittelt Jobdirekt ja auch noch in Emmen und Haren. Da kommt schon was zusammen, würden Gering- und Normalverdienende sagen, aber vielleicht sind das ja nur Peanuts in der höheren Liga.

Seltsam auch, wenn es eine extra Lohnsteuerbescheinigung für den letzten Monat gibt, in dem ausschließlich die Urlaubsabgeltung und Abgeltung des Arbeitszeitkontos berechnet wurde. Wurde das erst „vergessen“? Die Urlaubsabgeltung wurde übrigens mit einem Stundensatz von 6,41 € statt mit 8,50 € berechnet. Das ist genauso rätselhaft wie ein Abzug von 15,00 € Bearbeitungsgebühr für diese Endabrechnung. Bei Arbeitsbeginn wurden bereits 15,00 € für die Stempelkarte und 21,00 € für Arbeitskleidung vom Lohn einbehalten.

Und – so weit, so schlecht – erfolgt die Auszahlung dieses offenen Rests in die Zeit der neuerlichen Arbeitslosigkeit, wird also angerechnet und damit verringern sich die Ansprüche.

Ob das alles rechtens ist? Gerech ist das auf keinen Fall.



Zahl des Monats: 3.000

„Mehr als 3.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind in den letzten fünf Jahren in Celle entstanden“, so OB Mende in seiner Neujahrsansprache auf dem Bürgerempfang. Bei 33.434 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.06.2013 immerhin einer Steigerung von rund 10 Prozent. Dies geht allerdings fast ausschließlich auf das Wachstum bei Teilzeitkräften zurück, die heute einen Anteil von 27 % ausmachen – gegenüber 21 % im Jahr 2008. Das ist übrigens nichts Besonderes, sondern liegt im bundesweiten Trend.

Und was machen die 1 Prozent?

Laut Hilfsorganisation Oxfam wird das reichste Prozent der Weltbevölkerung schon im kommenden Jahr mehr besitzen als die restlichen 99 Prozent.



Verrückt

Ein großes Transparent „Solidarität mit Shingal & Kobane“ hinderte im Dezember weder die MdB Henning Otte und Kirsten Lüthmann, noch den MdL Maximilian Schmidt daran, Grußworte zu sprechen. Anlass war ein von der ezidischen Gemeinde veranstaltetes Benefiz-Fußballspiel zwischen der Stadtauswahl Bergen und dem Regionalligisten Lüneburger SK Hansa, zu dem Bergens CDU-OB Prokop zudem die Schirmherrschaft übernommen hatte. Otte gab mal wieder den Klassenbesten: „Ich habe als Verteidigungspolitische Sprecher als Erster in Berlin gefordert, die Peshmerga auch mit Ausrüstungshilfe zu unterstützen, weil allein mit Worten geht es nicht. Die Eziden müssen in der Lage sein, ihre Heimat vor Ort zu verteidigen.“ Mittlerweile können wir uns ja sogar vorstellen, dass die Bundesregierung in einem kurdischen Staat im zerfallenden Irak eine stabilisierende Option sieht, zumal sie mit dem Barzani-Clan mehr verbindet als trennt. Dass die PKK-Fresser der Parteien der Berliner Koalition aber Gefallen an einem unabhängigen Rojava auf dem Territorium des heutigen Syrien finden könnten, scheint doch eher ausgeschlossen. „Krokodilstränen“ nennt man wohl das, was in den letzten Monaten bei den Regierungspolitikern*innen um Kobane vergossen wurde.

Lobbykarussell

Stéphane Beemelmans wurde am 1. Dezember 2014 Geschäftsführer der Berliner Dependence der Lobbyagentur Eutop, die die „Interessen privater Unternehmen, Verbände und Organisationen bei der Europäischen Union und ausgewählten Mitgliedstaaten“ vertritt. Die taz schrieb: „Dafür dürfte Beemelmans genau der richtige Mann sein, denn er kennt sich aus: Bis ihn

Ursula von der Leyen im Frühjahr in den einstweiligen Ruhestand versetzte, arbeitete der 49-Jährige im Bundesverteidigungsministerium. Er gilt als ein enger Vertrauter von von der Leyens Amtsvorgänger Thomas de Maizière.“ Wir weisen ergänzend darauf hin, dass Beemelmans 2013 einer der „hochrangigen“ Gäste beim Celler Trialog war und dort – laut Wikipedia – den Rheinmetall-Chef Papperger in seiner Forderung unterstützte, Rüstungsexporte zu erleichtern.

Kein Applaus für Tierquälerei

Das Aktionsbündnis „Tiere gehören nicht zum Circus“ protestierte im Dezember und Januar mit Mahnwachen gegen die Tierhaltung des Zirkus Bely auf dem Celler Schützenplatz. Wie schon die Tierrechtsorganisation PETA in den vergangenen Jahren wendet sich das Bündnis insbesondere gegen die Haltung des letzten Menschenaffen in einem deutschen Zoo.



Der Affe werde deutlich unterhalb der bundesweit geltenden Leitlinien gehalten, was einen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz darstellt. Im Winter würde der Menschenaffe die meiste Zeit in einen etwa 10 qm kleinen Käfigwagen gesperrt. Bei der Mahnwache am 21. Dezember reagierten die Zirkusleute mit sexistischen Sprüchen und tätlichen Übergriffen auf Teilnehmer*innen der Mahnwache.

Jobmaschine Hartz IV

„Unfreundlich, abweisend und so gut wie nicht erreichbar, das Celler Jobcenter ist für viele Menschen keine Anlaufstelle, bei der man Hilfe zu erwarten hat. Briefe verschwinden im Nirwana ...“ - so begann ein Anzeige des Rechtsanwalts Thomas Lange im letzten Celler Kurier des vergangenen Jahres. Er zeigte eine „neue Anlaufstelle für Hartz-IV-Bezieher“ an, die zum Jahresanfang ihre Arbeit in Celle aufnahm. Es ist schon etwas besonde-

res, dass eine Rechtsanwaltskanzlei die "Kund*innen" des Jobcenters auch zu den ihren machen will. Aber: Lange hat sich in den vergangenen Jahren mit Kanzleien in Lübbenau und Großräschen (in Brandenburg) einen Namen gemacht. Das Jobcenter Oberspreewald-Lausitz wird von ihm mit Widersprüchen, Überprüfungsverfahren und Klagen "überhäuft". Der Rechtsanwalt hat quasi im Alleingang dafür gesorgt, dass die Zahl der eingehenden Fälle am Sozialgericht Cottbus um fast 20 % zulegte, während die anderen brandenburgischen Sozialgerichte einen Rückgang zu verzeichnen hatten. - Auch wenn sich über die konkrete Herangehensweise des Rechtsanwalts sicher diskutieren lässt, besteht unsererseits kein Zweifel: Jobcenter und Landkreis Celle haben genau das verdient. Und so wird Hartz IV sogar mal wieder für sozialversicherungspflichtige Jobs sorgen: In der Widerspruchsstelle und beim Sozialgericht Lüneburg.

Das Mende-Experiment

Auf dem Neujahrspfang der CDU befand deren Kreisvorsitzender Henning Otte: „Das Experiment mit einem SPD-Oberbürgermeister hat noch nicht so viel Positives für Celle gebracht.“ So lieben wir unsere CDU. Die Wahl eines SPD-Oberbürgermeisters als "Experiment" einzustufen, ist die Wiederbelebung der alten Arroganz, die einen gehörigen Beitrag dazu lieferte, dass der CDU-Kandidat in der Chefesselle im Rathaus versagt blieb.

Herolden gleich

Landes- und Bundesregierung sparen auf jede erdenkliche Weise. Ganz offensichtlich wurden die Pressestellen in etlichen Ministerien zwischenzeitlich ganz abgeschafft. Ihre Aufgabe haben – Herolden gleich – die Wahlkreisabgeordneten der Regierungsparteien übernommen. So können wir in

unseren Landen nahezu jeden Tag frohen Botschaften unserer Herrschaft in Berlin und Hannover lauschen, die uns vor allem die Herren Schmidt und Otte nahebringen.

Ejaculatio praecox

Zu Jahresbeginn verkündete der verteidigungspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Henning Otte, die Aufstellung eines neuen Panzer-Bataillons in Bergen: „Das Berge-ner Leopard 2 Panzerbataillon wird aus Teilen der bereits nichtaktiv oder zur Umgliederung anstehenden ehemaligen Panzerbataillone aus Neustadt a.Rbg, und Torgelow gebildet.“

Es würden drei Kampfkompanien mit 44 Leopard 2 und eine Stabs- und Versorgungskompanie stationiert, so dass die Einheit aus 700 Soldat*innen bestehen werde. Zu der von Otte im September 2014 verkündeten Zusammenarbeit mit den Niederlanden ließ er verlauten: „Die Entscheidung in Bergen ein Panzerbataillon aufzustellen, wird auch unabhängig einer möglichen multinationalen Zustationierung durch das Niederländische Heer erfolgen. Trotzdem halten wir an dem Ziel fest, die niederländischen Anteile mit weiteren 16 Kampfpanzern Leopard 2 und entsprechendem Personal zu integrieren. Eine endgültige Entscheidung des niederländischen Parlamentes steht noch aus.“

Der Kommandant des Truppenübungsplatzes, Jörg Wiederhold, zeigte sich gegenüber der CZ überrascht von Ottes Ankündigung. Nach Rücksprache mit dem Ministerium könne er lediglich sagen, dass die Aufstellung weiter geprüft werde. Auch die von Otte genannten Zahlen konnte er nicht nachvollziehen. Dessen Büro ließ verlauten, dass zwar der Beschluss formal noch nicht getroffen, aber die politische Entscheidung gefallen sei. Und man räumte ein, dass die genannten Zahlen sich noch nach unten verschieben könnten.

In dem Forum „bällebad“, in dem Militärpolitik diskutiert wird, herrscht Unverständnis und Häme. Auf den Thread „Otte verkündet neues PzBtl in Bergen“ fragte sofort jemand „... mit Panzer?“ Woraufhin geantwortet wurde: „Car sharing gibt es doch auch, jetzt eben noch tank sharing.“ Der Hintergrund wird in dieser Frage deutlich: „Die ketzerische Frage sei erlaubt, ob die Bundeswehr für ein zusätzliches PzBtl überhaupt noch



über das nötige Großgerät verfügt. Es ist ja nicht mal genug Material und Personal für sie bisherigen PzBtl vorhanden.“ Als Grund wird vermutet: „Jeder bekommt sein Lieblingspony.“

Nach den Rechten schauen - Eschede im Winter

Und wieder ist Winter, es ist kalt, Gewitter und Hagelschauer verdunkeln den Himmel. Um so erstaunlicher, dass die gut 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Kundgebung am 20.12. in Eschede so ausgesprochen gutgelaunt ihren Widerstand gegen die Nazitreffen bei Joachim Nahtz wieder aufgenommen haben. Es hat sich leider bewahrheitet: Nahtz macht weiter.

Im März 2013 wurde publik, dass Nahtz einen Großteil seines Geländes verkaufen musste. Sein Anwesen verkleinerte sich von 7 Hektar auf 5000 qm. Es bestanden aber große Zweifel daran, dass die Verkleinerung des Grundstücks zu einem Ende der Nazitreffen führen könnte. Warum auch? Schließlich ist Nahtz „Überzeugungstäter“, seit über 20 Jahren stellt er sein Grundstück Neonazis für die verschiedensten Anlässe zur Verfügung, womit sein Hof als Nazitreffpunkt überregionale Bedeutung erlangt hat. Die Verkleinerung seines Grundstücks hat seine Einstellung nicht verändert.

Im August dieses Jahres brannte es dann auch noch auf seinem Grundstück, Ursache war wohl Funkenflug beim Verbrennen von Abfällen. Das war der Startschuss für eine „Aufbauhilfe“ von „Kameraden“ der NPD. Zu was diese „Brandopferhilfe“, „nationale Solidarität von Kameraden aus dem ganzen Norddeutschen Raum“, wie Joachim Nahtz das nannte, führen sollte, wurde bereits 5 Wochen nach dem Brand angekündigt: die Fläche, auf der das abgebrannte Gebäude (Stall oder Scheune) stand, solle renaturiert werden. Eine „vielseitig nutzbare“ grüne Wiese solle entstehen.

Nachdem seit August fast jedes Wochenende NPD-Treffen in Form von „Brandopferhilfe“ stattfanden, kann jetzt also wieder die Tradition aufgenommen werden, bei Nahtz sogenannte Brauchtumsfeiern, wie Sonnwend-

und Erntefeiern durchzuführen. Diese dienen nicht nur dem gemeinsamen Feiern. Es werden Kontakte geknüpft und gepflegt, Verabredungen getroffen, für anstehende Aktionen geworben. Auch wenn diese Treffen auf Hof Nahtz immer als „privat“ bezeichnet werden, so haben sie leider doch erhebliche Außenwirkung.

Es zeichnete sich ab, dass am 20.12. noch keine Sonnwendfeier bei Nahtz stattfand, dafür aber am nächsten Tag. Rund 40 Neonazis unter anderem aus Hildesheim, der Lüneburger Heide, Hannover und Wolfsburg reisten ab dem frühen Nachmittage an. Unter ihnen waren auch wieder Kinder. Neben dem aufgebauten Zelt wehte eine NPD-Fahne. Davor waren ein Sonnenschirm mit dem rot-weißen Partei-Logo und ein Tisch errichtet worden. Etwas entfernt flatterte eine Reichskriegsflagge über einem mit Geröll zugestellten Schuppen. Junge Männer kontrollierten die Umgebung. Nahtz begrüßte die Gäste.

Auch am Sonntag waren wieder Aktivist*innen vor Ort, um den Nazis deutlich zu zeigen, dass sie nicht klamm und heimlich weiter machen können mit ihren unsäglichen Treffen.

Wiederbesetzungssperre

Die Wiederbesetzungssperre bei Stellen in der Stadtverwaltung zeigt erste unerfreuliche Wirkung: So konnte der bbk seine Jahresausstellung in der Gotischen Halle im neuen Jahr nur noch sehr eingeschränkt präsentieren. Das Museum konnte nur noch für wenige Stunden am Wochenende Aufsichtskräfte abstellen.



Schneegida – Let it snow

Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen fröstelnd in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch. Schnee beginnt zu rieseln.

Die Dicke: Ich habe ja nichts gegen Schnee. Aber wenn er sich hier breit macht? Liegt einfach faul herum und wir können dann zusehen, wie wir ihn wieder wegschieben.

Oma Lilo: Und wenn er jetzt für immer bleibt?

Der lange Lulatsch: Im Sommer hätte es das nicht gegeben.

Die Dicke: In manchen Städten trauen sich Rentnerinnen und Rentner schon gar nicht mehr auf die Straße.

Der lange Lulatsch: Am Schlimmsten am Schnee finde ich persönlich ja, dass sich Frauen immer so dick einhüllen müssen.

Klein Jonas: Wisst ihr eigentlich, dass in den „Tributen von Panem“ der böse Chef „Schneeflöckchen“ heißt?

Der Besserwisser: Schneegida? Nicht wirklich witzig, oder?

Oma Lilo: Aber man wird doch wohl noch fragen dürfen, ob diese Leute, die die schweigende Mehrheit repräsentieren wollen, noch alle Taschen im Schrank und keine anderen Sorgen haben?

Der lange Lulatsch: Rassisten und Nationalisten haben nun mal vor allem die Sorge, „überfremdet“ zu werden.

Die Dicke: Und jetzt finden die einen „Keine Toleranz gegenüber Intoleranz“ und die anderen wollen die besorgten Bürger „ernst nehmen“. Ängste vor Überfremdung seien nun einmal dem Menschen eigen, kommentiert die FAZ.

Oma Lilo: Die *Süddeutsche* hat einen Dresdener Exilanten auf eine der Demonstrationen geschickt und der berichtet: „Im Grunde sah das aus wie an einem Spieltag, wenn, sagen wir mal, Berlin kommt: All die Jungs mit den schwarz-gelben Mützen auf dem Kopf und den Quarzsand-Handschuhen in der Arschtasche, für alle Fälle [...] Und all diese grimmig blickenden Räuchermännchen, die ihre Fahnen schwingen, als wären es Schlagstöcke. Wer kam eigentlich auf die rührende Idee, hier von Ängsten zu reden, die man auch noch ernst zu nehmen habe? Angst ist nun wirklich das Einzige, was hier niemand ausstrahlt, sondern höchstens einflößt. Es gibt ja eine recht einfache Unterscheidung zwischen Angst und Ressentiment, und die ist physiognomische Natur. Bei einer Demonstration, bei der vielleicht sieben Prozent Frauen zu sehen sind, ist das ohnehin eine eher sonderbare Idee, und da sind die Langhaarigeren unter den Männern schon mitgerechnet.“

Der Besserwisser: Vielleicht ganz gut beobachtet, aber es gehört auch zum Elend der Kritik an Pegida. Und selbst der letzte bürgerliche Vollpfosten mit Deutschlandfahne merkt doch, dass er da nicht widerlegt, sondern stigmatisiert wird.

Oma Lilo: Oh gottogott, der Ärmste.

Die Dicke: Wie wäre er denn zu widerlegen?

Der Besserwisser: Er hat sich dazu entschieden, ausgerechnet die Leute anzugreifen, die für seine miese Lage und Laune gar nicht verantwortlich sind. Diese Entscheidungen machen deutsche Politiker, z.B.



mit Hartz IV, und deutsche Unternehmer mit Löhnen so günstig wie möglich. Seine Entscheidung, ausgerechnet in der Einwanderung ausländischer Staatsbürger den Grund für das auszumachen, was ihm an seinem Leben nicht gefällt, ist verrückt. Selbst wenn man „die“ von heute auf morgen alle aus dem Land werfen würde, wie es ihm vielleicht gefiele – daran, wie Politik und Wirtschaft hierzulande mit den Leuten umspringen, änderte sich dadurch überhaupt gar nichts.

Der lange Lulatsch: Einen Nationalisten wirst du nicht zum Klassenkampf bekehren.

Der Besserwisser: Nein. Aber bemerkenswerterweise kritisiert eben niemand den Nationalismus. Nehmen wir „unseren Cem“ und seine Sorge: „*Da ist bitteschön angesagt, dass der Rechtsstaat sich auf seine Hinterfüße stellt und sagt: Deutschland ist eine offene Gesellschaft.*“ Was ist ihm wichtig? Dass der Staat und nicht der Mob entscheidet, wer dazu gehört und wer nicht. Dieser „*Aufstand der Anständigen II*“ tritt also ein für geordnete Zustände, in welchen demokratische Institutionen und nicht der Volksmob über das Schicksal der Flüchtlinge entscheiden.

Oma Lilo: Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien gelten ja auch dank Winfried Kretschmann als „*sichere Herkunftsländer*“, in die schneller abgeschoben werden soll.

Die Dicke: Aber, aber, aber: Im Unterschied zu den 1990er Jahren gibt es heute doch wirklich viele Leute, die gegen den Rassismus auf die Straße gehen und nicht wie seinerzeit bei den Lichterketten vor allem im Sinn haben, dass wieder Ruhe und Ordnung einkehren. Es gibt heute in Teilen der Gesellschaft so etwas wie Willkommenskultur und diese Leute wollen auch nicht das „bessere Deutschland“ repräsentieren, tappen also nicht automatisch in die Falle des Nationalismus.

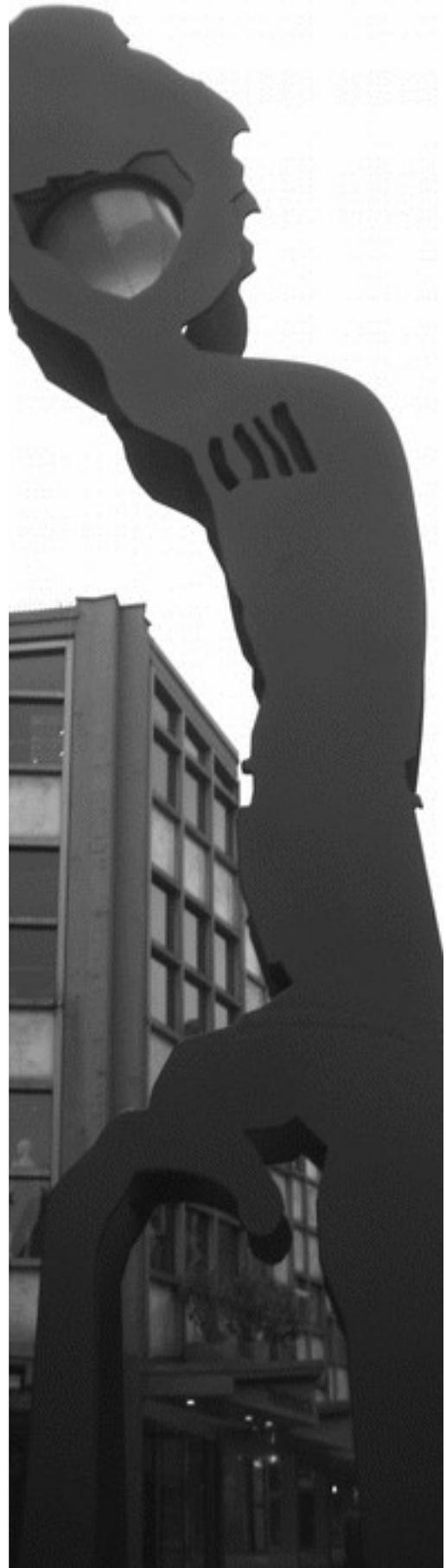
Oma Lilo: Klar, das macht es den Rassisten schwerer, gesellschaftlich Oberwasser zu gewinnen. Aber, schau' mal: Es spricht absolut nichts dagegen, „*ehrenamtlich*“ zum Beispiel Sprachkurse für geduldete Flüchtlinge zu organisieren, wo es der Staat bei allem Willkommenskulturgebrede eben nicht macht. Nur müssen wir uns aktuell ernsthaft die Frage stellen, welche Sprache denn hier unterrichtet werden soll. Italienisch hat wahrscheinlich einen höheren Gebrauchswert als Deutsch, denn alle Flüchtlinge, die über Italien kommen, werden zur Zeit ziemlich konsequent wieder dahin abgeschoben. Das heißt umgekehrt: Wer Deutsch unterrichten will, muss sich sinnvollerweise gleich auch für ein Bleibe-recht einsetzen und gegen das Dublin-III-Abschiebekarussell.

Der lange Lulatsch (skandiert): Kein Gott, kein Staat, kein Vaterland - Schwarz, Rot, Gold wird abgebrannt! Gegen Nazis, Chefs & Spaltung - für kollektive Selbstverwaltung!

Die Dicke (grummelt): Ich hasse Ausrufungszeichen.

Oma Lilo (verteilt Textzettel): So. Jetzt machen wir „*Schneegida singt Winterlieder*“ und zwar „*Let it snow*“, gänzlich säkular, geschrieben von Sammy Chan und Jule Styne, jüdischen US-Einwanderern aus Polen und der Ukraine. Ihr alle kennt die Version von Dean Martin, dem wohl charmantesten Trinker im US-Showbiz, der es sich zudem nicht nehmen ließ, an Lungenkrebs zu sterben. Also. Los geht's ...

Alle (schunkelnd): „*Oh the weather outside is frightful / But the fire is so delightful / And since we've no place to go / Let it snow, let it snow, let it snow.*“



BGE = wirtschaftliches Fundament für Freiheit

Das „Bedingungslose Grundeinkommen“ ist selbst unter Linken nicht unumstritten. Umso überraschter waren wir über die Unterstützung dieses Ansatzes durch die ver.di-Bezirkskonferenz Lüneburger Heide im Oktober vergangenen Jahres. Die Hürde der Landesbezirkskonferenz im März 2015 wird der Antrag jedoch wohl kaum nehmen können. Obwohl: Gute Gründe gäbe es genug. Charly Braun (CB) hat für die Sendung „Culture Courage“ in RADIO FLORA im November ein Interview mit Eva Mahler (EM), einer der Initiatorinnen, geführt, das wir für unsere Leser*innen mal transkribiert haben.

CB: Die ver.di-Bezirkskonferenz in der Lüneburger Heide hat einen Antrag beschlossen mit der Forderung nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen, kurz BGE genannt. Und heute habe ich eine Initiatorin dieses Antrag hier, nämlich Eva Mahler. Eva, stellst du dich mal vor.

EM: Ich bin 56 Jahre alt, bin schon über 25 Jahre damals ÖTV, jetzt ver.di-Mitglied. bin von der Ausbildung her Soziologin, habe mich schon früher als Delegierte des Erwerbslosenausschusses wählen lassen in den 1990ern, damals war ich Mitglied des Kreisvorstandes in Hannover. Heute lebe ich nördlich von Hannover und bin Mitglied des Ortsvereinsvorstandes Heidekreis und wurde für die Personengruppe Frauen in die Bezirksdelegiertenkonferenz gewählt.

CB: Du bist auch die Initiatorin, die die ganze Diskussion ums BGE dort in Gang gebracht hat.

EM: Ja. Das BGE ist für Gewerkschaften erst einmal recht fremd – ist aber, wenn man sich einmal die vielen Baustellen betrachtet, an denen Gewerkschaften versuchen, die enger werdende soziale Lage und den Recht-

fertigungsdruck abzubauen, ist es das große Ziel und der große Wurf, der viele kleine Baustellen überflüssig machen würde. Nur, man muss sich umgewöhnen. Es geht ums Ganze und nicht mehr nur um die Erwerbstätigen.

CB: Dann gibt es ja das Problem, dass die Erwerbstätigen sagen: Wenn ich ein bedingungsloses Grundeinkommen bekomme und kann davon einigermaßen leben: Warum soll ich dann noch arbeiten gehen?

EM: Das ist ein sehr altes Argument gegen alle möglichen Leute. Ich erinnere mal: 1836 hat die britische Regierung die Armenhilfe abgeschafft, weil sie sich davon erhoffte, dass die armen Leute, die waren auch vielfach krank und wir würden sie heute mehrheitlich als behindert bezeichnen, dass die dann ausbeutbarer werden. Ich meine: Wir brauchen eine Untergrenze, wir leben nicht mehr jeder für sich, wir sind keine Selbstversorger mehr, wir leben in einer hoch arbeitsteiligen, sehr komplizierten Welt und Menschen haben schon immer nur in Gruppen überlebt. Wir müssen und wir wollen auch füreinander eintreten. Und die Unterscheidung, ob jemand Geld für seine Arbeit bekommt, ist eine sehr willkürliche, weil – und das erkennt auch das Statistische Bundesamt an – ein Großteil der Arbeit unbezahlt geleistet wird, und das gerade von Frauen.



CB: Wieviel Kohle soll es denn so geben beim BGE?

EM: Das Besondere an diesem Antrag war, dass es nicht nur grundsätzlich ein Antrag für das BGE war, sondern dass auch die Höhe des BGE genau festgelegt wurde. Weil – ich zitiere jetzt mal Brecht: Man kann einen Menschen auf vielerlei Weise umbringen, man kann ihm keine Wohnung geben, man kann ihm zuwenig zum Leben geben, man kann ihn auch direkt erschießen. Und wie sagte Brecht so weise: Nur wenig ist in diesem Land verboten. Und ein BGE hat nur Sinn, wenn es wirklich die Existenz garantiert, nicht auf dem Minimum, sondern etwas darüber, damit die Teilhabe an der Gemeinschaft gesichert ist.



Foto: stanjourdan. Paris

Und deshalb haben wir uns Gedanken gemacht: Wo ist wirklich das Minimum? Und wir haben nicht dieses viel-diskutierte angebliche "wirtschaftliche" genommen, sondern wir haben das "juristische" Existenzminimum genommen. Das liegt schon seit Jahren fest, das wird auch nicht weiter diskutiert. Das ist die Pfändungsfreigrenze. Und um die Teilhabe an der Gemeinschaft zu ermöglichen, wollen wir noch einen Prozentsatz drauf. Ich stelle ihn mir idealerweise bei 30 Prozent vor, bin aber aus momentanen strategischen Gründen geneigt, erst einmal 20 % vorzuschlagen. Also die Pfändungsfreigrenze plus X, wobei X 20 % sein könnte, das halten wir für einen wirklich sozialen und handhabbaren Vorschlag.

CB: Das ist eine Größenordnung in Euro, die dürfte über dem liegen, was demnächst als gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro kommt.

EM: Das hängt davon ab, wie lange jemand arbeitet. Also wir müssen hier mal trennen in die arbeitsfähige Bevölkerung und die nicht arbeitsfähige Bevölkerung. Für die nicht arbeitsfähige Bevölkerung wäre das auf alle Fälle eine wunderbare Sockelung von unten. Guck' mal auf die Entwicklung der Renten, dieses BGE würde im Moment auf Höhe der Durchschnittsrente liegen. Es würde alle Erwerbsunfähigkeitsrenten toppen, es würde BAFöG toppen. D.h., Leute, die im Moment Angst haben müssen rumzukommen, denen würde diese Angst komplett genommen. Es ist aber nicht so, dass die Leute sich dann ausruhen würden, wenn sie ein BGE hätten. Das ist eine ganz falsche Einschätzung. Und zwar kommt die aus dem Unterschied von Selbst- und Fremdeinschätzung. In der Schweiz gab es eine Umfrage. Da wurden die Leute gefragt: Wenn es ein BGE gäbe, würden Sie weiterarbeiten? Und dann sagten 60 % aller Befragten: Ja, ich würde genauso weiterarbeiten wie bisher. 30 % sagten: Ja, ich würde weiterarbeiten, aber anders – es waren andere Arbeitszeiten, andere Arbeitsbedingungen gewünscht. Und nur 10 % sagten: Nein, ich würde aufhören zu arbeiten. Ich würde mich um meine Familie kümmern, Ich würde Angehörige pflegen. Ich würde mich weiterbilden. Ich würde auch mal eine Auszeit nehmen. 10 Prozent. Aber: Als dieselben Leute gefragt wurden: Was denken Sie, was die anderen machen? Da gab es Ergebnisse von über 80 %, dass also diese Leute, die selber weiter arbeiten würden, sagten: Ich gehe davon aus, dass die Menschen um mich herum zu über 80 % die Füße hochlegen und gar nichts mehr machen. Das ist so ein krasser Unterschied. Da kann etwas nicht stimmen.

CB: Von einer desolaten ökonomischen Situation im eigenen Portemonnaie betroffen sind ja in dieser Gesellschaft Seniorinnen und Senioren, Leute mit allen möglichen Behinderungen und vor allem die Hälfte des Himmels, die Frauen.

EM: Ja, das ist richtig. Und deshalb freue ich mich auch so sehr, dass gerade in der Gewerkschaft, in ver.di, dieser Antrag diskutiert und auch beschlossen wurde. Denn: Wenn man mal die Mitglieder von ver.di anguckt: Die Mitglieder werden älter. Wenn man die Rentner und die

Beschluss der verd.i Bezirkskonferenz am 18.10.2014 zum Bedingungslosen Grundeinkommen:

Der ver.di Bezirk Lüneburger Heide setzt sich für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Höhe der Pfändungsfreigrenze + x ein und gibt diese Forderung als Antrag an die Landesbezirkskonferenz Niedersachsen-Bremen weiter.

Begründung:

Die abhängig Beschäftigten und auch viele nicht mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigte Mitglieder von ver.di spüren den laufend erhöhten Leistungs-, Konkurrenz- und Lohndruck der heutigen Arbeitswelt. Lohn-dumping, prekäre Beschäftigung und die Aussicht auf Altersarmut nehmen zu. Um weniger manipulierbar zu sein, sich besser auf die eigentliche Arbeit konzentrieren zu können und die jeweiligen Fähigkeiten unabhängiger entfalten und erweitern zu können, fordert ver.di ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe des juristischen Existenzminimums, der Pfändungsfreigrenze, plus x. Besonders für Frauen, die Mehrheit der ver.di-Mitglieder, ist ein BGE für die materielle Absicherung wichtig und unverzichtbar, da sie sowieso den größten Anteil der unbezahlten Arbeit leisten und bei der bezahlten Arbeit trotz vielfältiger Anstrengungen immer noch benachteiligt werden. Ein BGE macht unsere Gesellschaft und die Arbeitswelt angstfreier, weniger manipulierbar (erpreßbar), weniger käuflich, menschen-, frauen- und kinderfreundlicher und auch für Kranke, Behinderte und SeniorInnen angenehmer.

Arbeitslosen zusammenzählt, Gewerkschaftsmitglieder, dann sind wir da schon bei der Mehrheit. Ich will damit nicht die Leute diskriminieren, die noch tapfer versuchen, ihr Leben durch abhängig beschäftigte Arbeit zu finanzieren. Das ist ein Ideal in dieser Gesellschaft. Aber wir müssen einfach mal genau hinschauen: Immer weniger Menschen können dieses Ideal leben. Immer mehr der Gesamtbevölkerung lebt von Transfereinkommen. Wir kriegen dauernd die Propaganda: Ja, die Zahl der Erwerbstätigen hat sich erhöht. Aber mal genau hingucken: Ein Drittel aller Erwerbstätigen sind inzwischen prekär beschäftigt. D.h.: Sie arbeiten in sehr unsicheren Verhältnissen und sie arbeiten zu wahnsinnig wenig Lohn, der nicht reicht. Das wird durch ein BGE als Problem aufgelöst, weil die Existenz gesockelt wird. Die Leute haben viel mehr Freiheit, das zu tun, was sie wirklich wollen. Sie sind nicht mehr so ökonomisch erpressbar, wie sie jetzt sind. Und das ist auch die große Angst, die das System hat und weshalb das BGE verteufelt wird. Und leider hat in der Vergangenheit da manche Gewerkschaftsstimme auch zu dieser Verteufelung beigetragen.

CB: Auf der Konferenz gab es dazu nur eine Gegenstimme.

EM: Auf dieser Konferenz saßen Leute aus Ortsvereinsvorständen und von der Basis. Und gerade in der Lüne-

burger Heide und gerade im Heidekreis sehen wir, was in der Fläche los ist. Die Normalarbeitsplätze gehen zurück. Die atypische Beschäftigung nimmt zu. Die Löhne gehen runter, also besonders bei Frauen. Die arbeiten stundenweise, die arbeiten auf 450 Euro-Basis. Das heißt, in dieser Konferenz saßen Menschen von der Basis, die wissen, wie es läuft. Die haben selber Angst um ihre Rente, dass die nicht reicht. Je weiter so ein Antrag in der Hierarchie hochgeht, desto mehr wird er konfrontiert mit überörtlichen Interessen. Dann haben wir Hauptamtliche, dann haben wir Vertreter, die haben eben nicht die kleine Praxis auf dem Land im Kopf, wo der Arzt sich überlegt, in die Stadt zu ziehen, und die Arzthelferin wahnsinnig wenig verdient. Sondern die haben das große Krankenhaus in der Landeshauptstadt im Kopf, wo der Organisationsgrad ein ganz anderer ist, wo man auch auf einer ganz anderen Ebene diskutiert. Da ist überhaupt nicht mehr die Frage: Wie leben die Leute? Da ist dann der Fokus auf dem bezahlten Arbeitsplatz und alles andere fällt daneben herunter. Ich warne vor der Zentralisierung. Ich sage: BGE immer in die Fläche denken, immer auf die kleinen Leute hin denken. Und vor allen Dingen denke ich, ver.di organisiert ja auch diejenigen, die die ganze Rechtfertigungsbürokratie am Leben halten und mit Leben erfüllen. Wenn jemand BAFÖG beantragt, wenn jemand zum Versorgungsamt muss, wenn jemand Grundsicherung braucht – nachweisen muss, wie arm oder nicht arm, er oder sie ist, hat er immer jemand gegenüber, der dafür bezahlt wird, das zu prüfen – und Inhaberinnen dieser Arbeitsplätze hat ver.di den Anspruch zu organisieren. Da gibt es in ver.di einen Widerspruch und der wird auf höheren Ebenen bestimmt irgendwann aufbrechen. Nur – wenn es wirklich eine Alternative gibt, ist nicht jeder Arbeitsplatz erhaltenswert. Und andere Leute zu kontrollieren und zu gucken, wie arm sind die, ist jetzt nicht wirklich eine Tätigkeit, die ich sinnvoll finde und die ich unterstützen möchte. Ich möchte von diesem kontrollierten Leben weg, ich möchte in Richtung Freiheit kommen. Das begreifen die Wenigsten, dass ein BGE eine ganz große Autobahn zu einer wirklichen Freiheit ist. Wir haben hier die juristische Freiheit, aber wir haben keine wirtschaftliche Freiheit. Ganz banales Beispiel: Die Leute in der DDR durften nicht reisen, aus juristischen und staatspolitischen Gründen. Und heute sitzen eine Menge Leute in der ehemaligen DDR, die dürfen zwar reisen – juristisch, aber sie können nicht reisen – wirtschaftlich, weil sie zu wenig Geld dazu haben. Und deshalb sage ich: Ein BGE ist das wirtschaftliche Fundament für die Freiheit, wenn sie juristisch schon da ist.

CB: Das heißt aber auch, dass der Staat genügend Geld zur Verfügung haben muss, Steuereinnahmen haben muss, die das BGE auch finanzieren. Und die Debatte läuft ja eh seitens der Gewerkschaften, dass Forderungen unter dem Motto gestellt werden: Die Reichen sollen zahlen. Also zurück in die Situation vor der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder, was die Besteuerung angeht.

EM: Ja. Die große Geldfrage. Wir sind es gewohnt, vor-

Ein Grundeinkommen ist ein allen Menschen
- individuell zustehendes und garantiertes,
- in existenzsichernder Höhe,
- ohne Bedürftigkeitsprüfung,
- ohne Arbeitszwang und -verpflichtung
vom Staat ausgezahltes Grund-Einkommen. Weitere Einkommen sind anrechnungsfrei möglich. Alle genannten Kriterien kennzeichnen das Grundeinkommen als ein bedingungsloses. Es gibt schlicht und ergreifend keine Bedingung für den Bezug des Grundeinkommens. Dadurch unterscheidet sich ein Grundeinkommen von einer Grund- oder Mindestsicherung.

gerechnet zu bekommen, dass die Töpfe leer sind und dass deshalb die Leute, die Anspruch haben aus bestimmten Töpfen, weniger oder noch weniger bekommen. Die Einteilung dieser Töpfe stellt fast niemand mehr in Frage. Und das ist das Problem. Weil: Wenn Geld gebraucht wird, wenn Milliarden gebraucht werden, z.B. für Bankenrettung, dann sind sie in Nullkommanichts da, trotz der Propaganda der leeren Töpfe. Auf der anderen Seite sind wir auch gewohnt, individuell zu rechnen: Es wird das individuelle Einkommen besteuert, die Arbeitsleistung wird überproportional hoch besteuert. Das ist alles in der Diskussion. Auch bei einem BGE wäre die Steuer nicht höher als jetzt, sie wäre nur anders. Es ist eine interne Umschichtung, eine gesellschaftsinterne Umverteilung. Und – es ist richtig – wer viel ausgibt und viel Steuern zahlt, der zahlt dann auch proportional mehr als heute. Aber: Es kommt auch proportional unten mehr an. Und dieses „unten ankommen“ gibt Lebenssicherheit. Und das finde ich den besten Grund, um dieses andere System mal zu durchdenken. Das Geld ist da – es ist nur falsch verteilt. Und wir müssen uns über die Frage der Gerechtigkeit und auch die Frage der Lebenssicherheit neu Gedanken machen.

Zum bedingungslosen Grundeinkommen gibt es einen spannenden Dokumentarfilm aus der Schweiz: "Bedingungsloses Grundeinkommen. Ein wirtschaftliches Bürgerrecht?" Die Filmemacher Daniel Häni und Enno Schmidt thematisieren eine gesellschaftliche Vision: ein bedingungsloses Einkommen für alle. Wie würde eine Gesellschaft aussehen, wenn jeder ein existenzsicherndes Einkommen bekäme, das an keine Bedingungen geknüpft ist? Bedeutet das den Untergang der Leistungsgesellschaft? Oder mehr Möglichkeit zur eigenen Initiative? Und wie soll es bezahlt werden? Häni und Schmidt werfen einen Blick auf aktuelle gesellschaftliche Prozesse und Paradigmenwechsel, stellen tradiertes Wirtschaften in Frage und fordern auf, aktiv mitzudenken, sich auseinanderzusetzen mit Gewohnheiten, Wünschen und Ideen. Weitere Informationen zum Film finden sich unter <http://www.forum-grundeinkommen.de/>, der Film kann heruntergeladen oder online geschaut werden unter: <http://www.kultkino.ch/kultkino/besonderes/grundeinkommen>

Highwaylyrics

pech denkt das huhn | am hühnerhighway | that isn't my way - "wietze by celle" ist der Titel dieses kleinen Gedichts aus Lina Galls im November erschienenen "Highwaylyrics". Die Autorin, 1980 in Lachendorf geboren und jetzt in Müden/Aller lebend, hat ein - sagen wir mal - ambivalentes Verhältnis zu Asphalt und Geschwindigkeit, wie es vielleicht Menschen zueigen ist, die in ländlichen Räumen aufgewachsen sind. Der Enge scheint man/frau nur motorisiert entfliehen zu können, aber "gas geben / leben nehmen" ist eine Erfahrung, die dazu gehört. Die 50 Gedichte und Aphorismen reflektieren automotorisiertes Leben und Sterben.

Lina Gall: HIGHWAYLYRICS, 64 Seiten, 10 Euro, ISBN 978-3-941513-37-2



Im Arm der Liebe

Anzuzeigen wäre dann noch ein Band ÜBER einen Lyriker. Oskar Ansell hat seine - wohl schon jahrzehntelangen Studien - zu dem Poeten, Pastor und Pädagogen H. W. F. Ueltzen jetzt in dem Band "Im Arm der Liebe" zusammengefasst. Der 1759 in Celle geborene Ueltzen studierte in Göttingen und war dann bis zur Übernahme eine Pfarrstelle in Langlingen im Jahr 1789 als Hauslehrer in Oldenburg. Dort entstanden seine bekanntesten Gedichte »Ihr« und »Das Liedchen von der Ruhe«, das Beethoven vertonte. In Langlingen widmete sich Ueltzen ganz seiner Gemeinde und stieg zu einem bedeutenden Kanzelredner von Kurhannover auf. Oskar Ansell verknüpft die Spuren zum Portrait dieses Poeten, Pädagogen, Pastors und Publizisten.

In Celle stellt Oskar Ansell das Buch am 20. Februar, 19.30 Uhr, im Kantoreisaal, Kalandgasse 5, vor.

Ansell, Oskar: Im Arm der Liebe. Hermann Wilhelm Franz Ueltzen. Ein Dichter zwischen Aufklärung und Empfindsamkeit. Poet - Pädagoge - Pastor. Leben & Werk 1759-1808. 276 Seiten, ISBN 978-3-86525-429-0, 22,80 Euro

Im Wald und auf der Heide - #06



Heute: Tierfreunde unter sich oder das Verbot der Hundeausbildung an der lebenden Ente

Der „Arbeitskreis Jagd, Fischerei und Natur“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wählte den MdB Henning Otte schon wieder zu seinem Vorsitzenden, wie der Celler Markt am 7.01.2015 vermeldete. Bei dieser Veranstaltung kritisierte Otte die geplanten Veränderungen der Landesjagdgesetze, wie sie in den von Roten und Grünen und Grünen und Roten regierten Ländern vorgesehen sind, aufs Schärfste, da das verfassungsrechtlich geschützte Eigentum dabei mit Füßen getreten würde. Änderungen beim Katalog der bejagbaren Arten, das Verbot der Hundeausbildung an der lebenden Ente sowie in der Schließanlage hätten offensichtlich die Abschaffung der Jagd in der bewährten Form zum Ziel. Er stünde mit seinen Leuten jedenfalls fest an der Seite des Deutschen Jagdverbandes (DJV).

Da wünschen wir von dieser Stelle aus dem Otte, dass er sich weiterhin durch dosierte Wildschärfe, d.h. seine beliebte Angriffslust gegenüber dem Wild, Kriegsgegnern und Grünen, durch Schussfestigkeit (Gleichgültigkeit bei der Abgabe von Schüssen aus nächster Nähe) und Verträglichkeit mit seinen Artgenossen auszeichnen möge. Wo kämen wir hin, müssten sich die Enten dem grünen Diktat unterwerfen. Der „Veggie-Day“ war ja auch schon so eine Schnapsidee.

Vegan Guerilla #08

Weißkohl im Blätterteig

Diesmal was Einfaches & Schnelles: Wenn in der regionalen Gemüsebox das dritte Mal in einem Monat ein ausgewachsener Weißkohl liegt, kauft im Bioladen mal einen veganen Blätterteig (wie uns versichert wurde, gibt's den auch bei Edeka und Netto). Den rollt ihr einfach auf und teilt ihn in der Mitte. Dann schneidet ihr den Weißkohl in feine bis mittelfeine Streifen (bei einem mittelgroßen Kopf reicht etwa die Hälfte), die mit etwas Salz gar dünstet. Nebenbei bratet ihr in einer Pfanne in ganz kleine Würfel geschnittenen Tofu (ca. 100 – 150 Gramm), den ihr nach Belieben würzt. Wer's im Winter gern ein bisschen farbig hat, kann auch noch kleine Möhrenwürfel mit in die Pfanne tun. Dann mischt ihr das alles zusammen, füllt damit die beiden Blätterteighälften & ab damit in den Backofen (Dauer steht auf der Blätterteigpackung) – schmeckt heiß & kalt.

Wie Playmobil einmal nach Celle gelangte

Die seltsame Evolution der „Klickies“

Kopf, Perücke, zwei Arme, Rumpf mit Innenteil und das Beinpaar: Das sind die wesentlichen Teile einer Figur, die, in der richtigen Reihenfolge zusammengesteckt, durch kräftiges Drücken auf den ewig grinsenden Schädel fest zusammenklickt. Das gefrorene Lächeln ist allen Figuren gemein, die Ausnahme bildet ein Strafgefangener, dem, mit einer Eisenkugel am Bein, dann wohl doch das Lachen vergangen ist.

Hergestellt aus dem Kunststoff Acrylnitril-Butadien-Styrol, gehört die Spezies Playmobil-Figur zu der Gattung der Aufstellfiguren und befindet sich mithin in der Nachfolge von Zinnsoldaten und Anziehpuppen, die schon seit fast 200 Jahren die (vor allem bürgerlichen) Haushalte bevölkern.

Angefangen hat die Produktion 1974: Die Älteren unter uns erinnern sich an die Ölkrise Anfang der 70er, die bei der Firma Playmobil zu Überlegungen führte, wie sie mit weniger (teurem) Erdöl zurechtkämen (bis dahin hatte sie hauptsächlich Großspielzeug und Kindermöbel produziert). Das Ergebnis war die 7,5 cm große Figur, die Kinderfiguren (seit 1981) messen 5,5 cm. Allen Figuren gemeinsam ist die gleiche Handgröße und -form, damit das Zubehör auch von allen angepackt werden kann.



Zunächst besteht die Art aus drei Unterarten, alle männlichen Geschlechts, die dann auch typische Männerberufe wie Bauarbeiter, Indianer und Ritter ausüben. So enthalten die Nachkommen, da sich die Figuren ja asexuell fortpflanzen müssen, ausschließlich die Gene eines Elternteils, und zwar in identischer Kopie. So lässt sich vielleicht auch das Grinsen erklären, was sich bei ihnen seit nunmehr 40 Jahren im Gesicht festgesetzt hat. Nur eine Mutation könnte diesen Ausdruck ändern (wie bei den Terrakotta-Soldaten des ersten chinesischen Kaisers). - Aber zugegeben, es wäre wohl nicht ganz einfach, die demnächst 2 Milliarden gefertigten Playmobil-Figuren individuell unterscheidbar zu machen.

Ab 1976 kommen dann weibliche Figuren hinzu, zunächst nur mit Frisur und einem Kleid kenntlich gemacht, 1981 bzw. 1983 folgen Kinder und Babys. Da nun die Evolution bei Playmobil aber schon so eine Sache ist, existiert in diesem Universum eine Bikinitragen-

de ab 2009, eine Schwangere aber erst ab 2012 – es gibt also offensichtlich noch andere Vermehrungspraktiken, vieles spricht für eine xenovegetative Fortpflanzung, also die ungeschlechtliche Vermehrung mit Hilfe von außen. Die Anlage dafür steht in einer Fabrik auf Malta, die täglich abertausende der Figuren herstellt (dazu gibt's einen Film in der Ausstellung zu sehen).

Schon früh hatte die Firma entschieden, keine Soldaten, Jeeps oder Panzer herzustellen. Immerhin, denn in den frühen 60ern hatte das Unternehmen noch V2-Raketen im Angebot. Und auch sonst geht es ab 1974 politisch korrekt zu: Der Tanzbär am Nasenring verschwindet aufgrund von Protesten von Tierschützern aus dem Sortiment, ebenso die Bierkisten aus dem Baustellen-Set.

Und das kam so: Im zweiten Katalog ließ sich nämlich folgendes Gespräch auf einer Baustelle, inmitten von Schaufeln, Schildern und Bierkisten „mithören“: Gelber Bauarbeiter: „Das ist heute schon meine 5. Flasche.“ Grüner Bauarbeiter: „Macht nichts. Es ist genug Bier da!“ Da hagelte es Proteste vom Jugendministerium und das Bier war gestrichen (na ja, Lucky Luke raucht ja auch nicht mehr). Und wegen der Gleichstellung überfällt seit den 80ern eine Frau eine Bank.

Andererseits wird Playmobil vorgeworfen, dass diejenigen Sets, die die Alltagsrealität abbilden sollen, genau diesem Anspruch nicht gerecht würden. Es gebe unter den Figuren „nicht einen schwer Erziehbaren. Keinen Alkoholiker. Nicht einmal einen nackten Hintern. Das penetrante Lächeln nervt selbst viele Kinder.“ (Martin Zipps in der SZ vom 17.10.2010) Weiter schreibt er: „[...] Was es wohl (sonst) an verdrängten Welten in den Zirndorfer Schränken (Zirndorf: Playmobil-Firmensitz, Anm. d. Verf.) gibt? Wie wohl der Playmobil-Atompilz aussieht? Oder das Schulset Columbine?“

In der aktuellen Playmobil-Ausstellung im Bomann-Museum nun können Kinder wie Erwachsene diesen Kosmos besuchen und in historische oder fantastische Spielwelten eintauchen: Die liebevoll bis ins Detail aufgebaute Seaworld, die Zirkuswelt, das Drachenland, die Ritterwelt, die Märchenwelt, der Reiterhof, und und ...

Mit über 4000 Figuren (+ unzähligen Tierfiguren) hat der Sammler Oliver Schaffer eine einzigartige Ausstellung für Celle erschaffen, in der sich alle bestens ein paar Stunden erholen und erfreuen können. Für die Kinder ist eine groß angelegte Spielecke vorhanden, in der sie sich Geschichten ausdenken und nachstellen können. So wie der Sammler: Er kam mit 200 Kartons angereist, hat sie einfach auf dem Boden ausgeschüttet und dann 14 Tage lang, fast Tag und Nacht, mit den Teilen „gespielt“. Herausgekommen ist diese wirklich allerliebste Ausstellung, in der sich 1000 und mehr Geschichten entdecken lassen.

Und es gibt ein umfangreiches Begleitprogramm, wie Familienführungen und ein Suchspiel, bei dem es Preise zu gewinnen gibt.

Playmobil Spielgeschichte(n) im Bomann-Museum Celle - noch bis zum 12. April 2015, Di – So 10-17 Uhr.

Andreas Flick, Pastor der ev.-reform. Gemeinde, veröffentlicht Broschüre

Êziden - Geschichte, Religion, Kultur

Durch die Ermordung und Entführung tausender Êzid*innen durch IS-Milizen im nordirakischen Şengal wurde die Weltöffentlichkeit auf die Anhänger*innen dieser bis dahin weitgehend unbekanntes orientalischen Religionsgemeinschaft aufmerksam. „Wir in Celle“ konnten uns immerhin eines fundierten Halbwissens rühmen. Denn in Stadt und Landkreis Celle leben gegenwärtig über 7.000 Kurd*innen, von denen der überwiegende Teil der êzidischen Religionsgemeinschaft angehört. Trotzdem: So richtig genau weiß dann doch eigentlich kaum jemand, was dieses Êzidentum eigentlich ist.

Deshalb ist es erfreulich, dass die Stelle für Integration und Migration des Landkreises Celle in Kooperation mit dem Kreisarchiv Ende letzten Jahres die von Andreas Flick verfasste Publikation „Êziden - Geschichte, Religion, Kultur“ herausgegeben hat. Andreas Flick ist Pastor der ev.-reformierten Kirchengemeinde, deren Geschichte eng verbunden ist mit den hugenottischen Glaubensflüchtlingen, die sich Ende des 17. Jahrhunderts aus Frankreich vertrieben in Celle niederließen. Diesen Hintergrund hat diese Gemeinde in den letzten Jahrzehnten als Verpflichtung genommen und sich in besonderer Weise Flüchtlingen zugewandt und immer wieder Kooperationen mit den êzidischen Kurd*innen gesucht. Flick ist auch stellvertretender Vorsitzender des Freundchaftsvereins Celle – Batman und hat mehrere Reisen in den türkischen Teil Kurdistans unternommen. Grundlage des Textes bildet die vom Verfasser im Jahr 2013 für das Deutsche Hugenotten-Museum in Bad Karlshafen konzipierte Sonderausstellung „Die Êziden - Glaubensflüchtlinge in Deutschland“.

Zitieren wir mal aus der Pressemitteilung des Landkreises: „Diese reich bebilderte Publikation, die sich in erster Linie an Nicht-Êziden wendet, gibt Auskunft über das Leben, die Geschichte, die Religion und die Kultur dieser aus dem Orient stammenden Migranten, die im Laufe der Geschichte so oft wegen ihres Glaubens verfolgt wurden. Neben allgemeinen Informationen über die Êziden, wobei ein Kapitel auch den Êziden in den Reiseromanen Karl Mays gewidmet ist, wird im zweiten Teil der Veröffentlichung der Fokus auf die Êziden im Landkreis Celle gerichtet. Dabei spannt Andreas

Flick den Bogen vom Jahr 1965, als die ersten Êziden als „Gastarbeiter“ nach Celle kamen, über die schwierigen 1990er Jahre bis in die Gegenwart.“

Selbstverständlich bleibt es für Atheist*innen wie uns absolut unverständlich, welche wirre Konstruktionen Religionen jeglicher Art sich zusammenschustern, um ihrem Dasein irgendeinen Sinn zu verschaffen. Immerhin stellen wir mit Freude fest, dass die Êziden andere Menschen nicht missionieren. Mit ihrem Kastensystem und ihrer endogamen Heiratsregel legen sie sich selbst allerdings einen solchen Haufen Steine in den Weg, dass ein glückendes Leben wahrscheinlich großer Anstrengungen bedarf. Was vielleicht in agrargesellschaftlichen Zusammenhängen inmitten muslimischer Mehrheitsgesellschaften noch irgendeine Teilrationalität verbuchen konnte, ist mit dem Leben in der westeuropäischen Diaspora größtenteils einfach inkompatibel. Andreas Flick weist auf die Probleme hin und auch auf die Spuren von Eigensinn, die hier und da an überkommenen Regeln rütteln.

Auch wenn wir es uns nicht merken wollen – falls wir mal etwas über Murids, Pirs und Sheikhs wissen wollen oder zum Ida-Êzi-Fest eingeladen werden, können wir bei Andreas Flick jetzt nachlesen, worum es sich handelt.

Und noch etwas Erfreuliches: Eigentlich hätten wir erwartet, dass der eine oder andere Konflikt eher verschwiegen wird. Aber nein. Die unsägliche Kampagne des ehemaligen OB Martin Biermann, der in den 1990er „den Kurden“ vorgeworfen hatte, ihre Immobilien mit illegalen Mitteln erworben zu haben, wird genauso erwähnt wie der Kriminalisierungsdruck durch das Verbot der PKK.

Eine Schwäche der Broschüre wollen wir zumindest anreißen. Das Kurdentum ist eine identitäre Seite der Êzid*innen, mal mehr, mal weniger ausgeprägt. Flick widmet sich den daraus entstehenden Spannungen in dieser Ethno-Religion kaum. (Aber klar: Es ist eine Broschüre.) So dürfte ein nicht unbeträchtlicher Teil der Êzid*innen dem Religiösen ziemlich fern stehen, sich aber trotzdem an die Regeln halten.

Flick, Andreas: Êziden. Geschichte, Religion, Kultur. Celle 2014, ISBN 978-3-9805636-9-7, 32 S. (Din A4), 4,80 Euro



„Karl verduzt vorm weit geöffneten Radio“

Arno Schmidts Einhundertster brachte Celle eine phantastische Ausstellung und sicher viele fremde „Kulttour“-Süchtige in die Stadt. Wie wir hörten, geht die Ausstellung in diesem Jahr nach Berlin. Aber böte sich nicht an, ihr in Celle einen Highmat-Hafen anzubieten. Das „Torhaus“ am Neuen Rathaus harrt ja nach wie vor einer sinnvollen Verwendung, nachdem sich Verwaltung und Rat wohl endgültig von der Idee verabschiedet haben, dort ein Dokumentationszentrum zur lokalen NS-Geschichte einzurichten. Und vielleicht würde sich die Reemtsma-Stiftung finanziell an der erforderlichen Aufhübschung beteiligen. Denn Mottenkugeln würden wir viel lieber für die Groteske des „Garnisonmuseum“ zur Verfügung stellen – nach wie vor in der Top Five unseres persönlichen Rankings der Dinge, die wir in unserer kleinen Stadt überhaupt nicht brauchen.

Das „Gedenkjahr“ ist vorbei, aber es brachte nebenbei viel Hörenswertes hervor. Arno Schmidt – so wird geschrieben – war ja ein „Radiomensch“. Und so ist es vielleicht nicht erstaunlich, aber in hohem Maße erfreulich, dass die Radio-Macher*innen der Republik im vergangenen Jahr ausführlich an ihn erinnerten. Und da sich heute nichts mehr so leicht „versendet“ wie zu Schmidts Lebzeiten, lassen sich viele der Beiträge nach wie vor



hören. Wer also an kalten Wintertagen lieber in der warmen Butze bleibt, sei auf folgende Podcast-Spuren verwiesen ...

Eine Einführung bietet „*Zum 100. Geburtstag - Ein Zettelkasten für Arno Schmidt*“, „*Annäherung aus Neugier*“ nennt der Schriftsteller Thomas von Steinaecker seinen Radio-Essay, der im BR 2 gesendet wurde. Die gut 50-minütige Sendung lässt sich in der ARD-Mediathek ergooglen.

Beim Nordwestradio kann man/frau sich immer noch durch viele Beiträge der Sondersendung „*Arno Schmidt zum 100. Geburtstag - Eine Spurensuche mit Gesprächen, Reportagen, Lesungen, Features und Hörspielen*“ hören. Hier kommen in kurzen Interviews zu allem Möglichen Bernd Rauschenbach, Susanne Fischer und Jan Philipp Reemtsma zu Wort – darunter auch ein Rundgang durchs Bargfelder Haus, den Silke Behl mit Bernd Rauschenbach vorm Mikrofon unternommen hat. Zu finden ist das Ganze unter:

<http://www.radiobremen.de/nordwestradio/sendungen/sondersendungen/arno-schmidt108.html>

Zugriff bietet die ARD-Mediathek auch auf die 50er Jahr-Trilogie „*Nobodaddys Kinder*“ in der Bearbeitung und Regie von Klaus Buhkert aus den Jahren 1997/1998. Der Titel der Trilogie bezieht sich auf ein Gedicht von William Blake. Nobodaddy ist eine Formel für Gott. Schmidts Trilogie setzt sich aus den Prosatexten „*Aus dem Leben eines Fauns*“ (87 Min.), „*Brand's Haide*“ (72 Min.) und „*Schwarze Spiegel*“ (87 Min.) zusammen – ein idealer Einstieg für lesefaule Menschen.

Im Podcast-Archiv des Deutschlandradios gibt es zwei kurze Interviews mit Schmidts Übersetzern: „*Mitflüstern - Jun Wada, Arno Schmidts japanischer Übersetzer*“ und „*Freiheit eines Narren: John E. Woods hat Arno Schmidt ins Englische übersetzt*“.

Und wer dann noch etwas ÜBER Schmidt hören will, die/der kann sich einem Essay von Ulrich Baron zuwenden, Titel: „*Ein Zimmermann wird sich bucklig lachen - Arno Schmidt und die Welt im Zettelkasten*“, als Podcast unter:

<http://www.podcastpedia.org/podcasts/894/dradio-Essay-und-Diskurs/episodes/59/Ein-Zimmermann-wird-sich-bucklig-lachen-Multitalente-von-Goethe-bis-Schlingensief->

Wer allerdings Schmidt selbst mal zuhören will, wird in den Mediatheken der Radiosender nichts finden. In die Stadtbibliothek am „Arno-Schmidt-Platz“ allerdings stehen zur Ausleihe „*Arno Schmidt liest / Sämtliche Tonbandaufnahmen 1952-1964*“ sowie „*Lesungen, Interviews, Umfragen Tondokumente von Arno und Alice Schmidt aus den Jahren 1952 - 1970*“.

Finde 10 Unterschiede zwischen West und Ost

Es gibt zwei Arten von DDR-Nostalgiker*innen – teils landeten sie nach 1989 auf der Gewinnerseite, teils auf der Verliererseite. Jeweils dient die Nostalgie auch dazu, der eigenen Biografie einen Sinn zu verleihen. Ein trauriges (bzw. lustiges) Beispiel lieferte im November die ehemalige Bürgerrechtlerin Freya Klier bei einem Auftritt im KAV-Gymnasium. Hier einige ihrer Bemerkungen, die anschließend in der CZ bzw. bei *celleheute.de* nachzulesen waren.

Zitat 1: „Individualität war in der Schulzeit strengstens verboten. Wenn man Jeans aus dem Westen auf offener Straße trug, wurde man sofort bestraft. Man durfte keinen Fernseher besitzen, geschweige denn gucken. Es war verboten, Musik aus dem Westen zu hören. Dazu zählten die Beatles oder auch die Rolling Stones. Ein daraus entstehender Stil für die Jungs wurde dann, dass man sich die Haare länger als erlaubt wachsen ließ, d.h. manchmal auch bis zu den Schultern. Die Lehrer hatten damals keine Scheu vor öffentlichen Strafen und schnitten einfach die Haare kurz. Es war egal, was für eine Blamage es für den Schüler gewesen sein musste, vor allen Mitschülern so gedemütigt zu werden.“

Zitat 2 – zum Verhalten der DDR-Polizei gegenüber Jugendkulturen: „Das waren umkostümierte Nazis, das Verhalten blieb aber gleich.“

Beginnen wir mit der Absurdität, die wohl nicht aus dem Mund Kliers kam, sondern vielleicht eher illustriert, wie zu viel Fernsehen dem Denkvermögen jener geschadet hat, die für *celleheute.de* den Bericht schrieben: Anfang 1956 begann in der DDR mit dem „Deutschen Fernsehfunk“ offiziell das Fernsehzeitalter, rund drei Jahre später als in der BRD. 1958 gab es in DDR-Haushalten rund 300.000 Fernsehapparate. Aber: „Man durfte keinen Fernseher besitzen, geschweige denn gucken.“ Echt krass, diese Diktatur.

Ähnlich irre verhielten sich die DDR-Diktatoren dann, als sie Schallplatten der Beatles über die staatseigene Plattenfirma Amiga in Lizenz pressen und verkaufen ließen, gleichzeitig das Hören dieser Platten aber verboten. Zur Begründung sagte ihr verrückter Chef Walter Ulbricht: „*Ich denke, Genossen, mit der Monotonie des Je-Je-Je, und wie das alles heißt, ja?, sollte man doch Schluss machen. [...] Ist es denn wirklich so, dass wir jeden Dreck, der vom Westen kommt, kopieren müssen?*“ Diese Sätze ernteten – gefühlt – bei 99,9 % der Elterngeneration der 1960er Jahre im westlichen und überhaupt demokratischsten Teil Deutschlands vollste Zustimmung, die sich im Alltag in Sätzen wie „Mach' die Negermusik aus“ mit einem – zugegeben – auch leicht rassistischen Unterton Luft verschaffte. Aber ja: „Westliche“ Popmusik war im Osten Deutschlands praktisch nicht käuflich zu erwerben. (Es ist leider zu vermuten, dass auch die kostenlose Ausgabe von Animals bis Zappa aus der DDR keinen Kommunismus gemacht hätte.)

Im Juni 1965 machte die Polizei in Frankfurt eine Razzia gegen „Gammler“: „Einige hundert junge Leute standen friedlich in kleinen Gruppen und parlierten sachverständig über Jazz, Beat, Mopeds, Filme und dergleichen mehr. Sie wären vielleicht im Verkehrsstrubel gar nicht so sehr aufgefallen, wären nicht die Art, sich zu kleiden, und die Haartracht von der Norm abgewichen: Je nach Gruppenzugehörigkeit Lederjacken, lange weite Hosen mit „Kellerfalte“, schwarze Blazer in Überlänge und Spitzenhemden. Als Haarfrisur ist der Pilzkopf zwar nicht obligatorisch, aber sehr beliebt.“ 52 Jugendliche wurden „überprüft“, 16 kurzzeitig festgenommen. Ach ja – worüber hier die ZEIT schrieb, spielte sich nicht in Frankfurt/Oder ab, sondern in Frankfurt am Main.

1970 wurde nach wochenlanger Hetze gegen Gammler in Konstanz ein 17-Jähriger Tankstellenlehrling an ei-



nem Jugendtreffpunkt von einem alkoholisierten Mann erschossen. Im goldenen Westen mussten langhaarige Jugendliche in den 1960er Jahren immer mit gegen sie gerichteten Aggressionen und Gewalt rechnen (remember „Easy Rider“), auch von Seiten der „Freunde und Helfer“ von der Polizei. Wie selbstverständlich hatten Langhaarige bei der Lehrstellensuche schlechtere Chancen und wie selbstverständlich vergaben Lehrer bei gleichen Leistungen die besseren Noten an die Faconschnittträger. Und sie konnten sich dabei auf ihren Kanzler Ludwig Erhard (CDU) berufen: „Solange ich regiere, werde ich alles tun, um dieses Unwesen zu zerstören.“

Selbst das repressive Vorgehen der Polizei gegen Punks glich sich in den 1980ern in Ost und West, weshalb in großer Nähe zur „analytischen Tiefe“ von Freya Klier (siehe Zitat 2) West-Punx bei jedem Aufeinandertreffen mit der Staatsgewalt skandierten: „Polizei – SA – SS.“

Ohne jeden Zweifel haben die DDR-Regierungen und die SED dem Gedanken und der Praxis des Sozialismus große Schande bereitet – auch im Vorgehen gegen subversive Jugendkulturen. Denn: Sie reihten sich in den 1960er Jahren ein in die weltweite Bekämpfung von revoltierender Gegenkultur. Wichtig wäre, das zu begreifen. Nämlich, dass diese Revolte (mit ihrer Dimension des Generationenkonflikts) kein nur westliches Phänomen war, sondern sich auch in den Staaten des Warschauer Paktes abspielte – und dass die jeweilige Herrschaft (egal ob in Ost oder West) dagegen wenig zimperlich vorging.

Gegenüber dem STERN sagte Klier: „Eine Woche im Monat besuche ich Schulen in Ost und West, erkläre, was eine Diktatur ist. Die DDR-Vergangenheit schrumpft für viele allmählich zu einem Glas Spreewaldgurken.“ Ehrlich gesagt würden wir – als strenge Geschichtslehrer*innen – nicht ein einziges ihrer Beispiele als kennzeichnend für eine Diktatur durchgehen lassen. Aber der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, in deren Auftrag Klier unterwegs ist, wird's reichen.

Es gibt fraglos einen Haufen an Maßnahmen, die die DDR zu einem äußerst unsympathischen Staat gemacht haben: Die Niederschlagung des Arbeiteraufstands 1953 gehört ebenso dazu wie die Verfolgung von Menschen, die das Land gen Westen verlassen wollten. So war es selbstverständlich größtes Unrecht, die 18-jährige Freya Klier wegen „Republikflucht“ zu anderthalb Jahren Gefängnis zu verurteilen. Überraschen kann dann allerdings, dass derselbe Staat sie Schauspiel und Regie studieren ließ und ihr für die Uraufführung von Ulrich Plenzdorfs „Legende vom Glück ohne Ende“ am Theater Schwedt 1984 sogar den DDR-Regiepreis verlieh.

Als sie im Jahr darauf ein Berufsverbot bekam, hatten auf der anderen Seite in der freiheitlichsten aller Republiken bereits über 10.000 Menschen ein Berufsverbotsverfahren über sich ergehen lassen müssen. Der „Radikalerlass“ von 1972 hatte im Westen zum faktischen Berufsverbot für Tausende von Menschen geführt, die als Lehrer*innen, in der Sozialarbeit, in der Briefzustellung,

als Lokführer oder in der Rechtspflege tätig waren oder sich auf solche Berufe vorbereiteten und bewarben. Und zwar nur, weil ihre Gesinnung nicht passgerecht war.

Und als Klier 1988 nach kurzer Haft unfreiwillig in die Bundesrepublik ausgebürgert wurde, lief vor dem OLG Düsseldorf ein Prozess gegen u.a. Christoph von Hören. Er wurde dort zu einem Jahr und sechs Monaten Haft verurteilt, weil er 1985 in Detmold während des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF eine Diskussionsveranstaltung organisiert hatte.

Merke: Wer Bosheiten von Staaten beschreibt und diese einem bestimmten „System“ zuordnet, tut gut daran, das Suchbildspiel nach Unterschieden zu anderen Systemen zu betreiben – vielleicht fällt dabei auf, dass das Systemische „Herrschaft“ ist.

Zur Jugendopposition in der DDR gibt es übrigens durchaus Erhellenderes als die Erzählungen Freya Kliers, z.B. einen Artikel von Anne Seeck (<http://www.trend.infopartisan.net/trd1010/t231010.html>).

Foto © Nadja Klier

Überwachung in Zelle

Du siehst die alltägliche Überwachung in Zelle kritisch? Du störst dich an Kameras die deine Privatsphäre täglich verletzen? Dann beteilige dich an unserer Sammelaktion!

Wir sammeln Standorte aller Überwachungskameras in Zelle, egal ob öffentliche oder private Kameras. Uns kotzt diese Generalüberwachung an und deshalb wollen wir alle Kamerapositionen sammeln und dann mit den Ergebnissen eine Überwachungskarte für Zelle anfertigen.

Du kannst dich daran beteiligen. Schicke eine möglichst detaillierte Beschreibung von Standorten von Kameras an ueberwachungincelle@gmx.de oder schreib die Infos auf einen Zettel und schmeiß ihn in den Briefkasten der Antifaschistischen Linken Zelle (ALC) im Eingangsflur vom Bunten Haus.

Die Ergebnisse werden wir schnellstmöglich zusammentragen. Vielen Dank für deine Beteiligung.



Sometimes the Truth

Selbst Bands, die hundert und mehr Gigs im Jahr absolvieren, werden sich wahrscheinlich an Auftritte im Celler *Herzog Ernst* erinnern – und zwar wegen der räumlichen Situation. Denn sie stehen einer Wand gegenüber, während sich das Publikum rechts und links der „Bühne“ aufhält. Kompliziert – aus Sicht der Musiker*innen. Schon nach zwei, drei Stücken ist deshalb klar, welche Entertainment-Qualität der Frontmann oder die Frontfrau mitbringen. Bei introvertierteren Persönlichkeiten erlebt man so tatsächlich auch, dass sie über Strecken des Konzerts die Wand „ansingen“. Einer, der mit dieser Situation allerdings von der ersten Minute an umzugehen wusste, war im Oktober der Blues-Mann *Neal Black*. Es schien ihm beim Konzert Anfang November regelrecht Spaß zu machen, sich abwechselnd der einen oder anderen Publikumsseite zuzuwenden.

Aber der Mittfünfziger hat eben auch schon 30 Jahre Bühnenerfahrung auf dem Buckel. In den 1980er Jahren begann er in San Antonio, Texas. In kleinen Clubs erlebte er Billy Gibbons (ZZTop), Albert Collins und spielte mit seiner Band im Vorprogramm von Stevie Ray Vaughan. In den 1990ern ging er nach New York und veröffentlichte seine ersten Alben auf dem französischen Label *Dixiefrog Records*, dem er bis heute treu ist. Daneben spielte er als Sideman von Papa John Creach, Jimmy Dawkins, Johnnie Johnson oder den Chambers Brothers.

Seit einem guten Jahrzehnt lebt *Neal Black* jetzt in Frankreich. Und so ist es kein Wunder, dass neben seinem ständigen Begleiter am Piano, *Mike Lattrell*, die Rhythmusgruppe von zwei Franzosen gebildet wurde: *Jean Michel Tallet* (drums) und *Abder Benachour* (bass).

Das Programm von *Neal Black & The Healers* in Celler war ganz nach dem Geschmack des Publikums – Blues-Rock pur, wobei klassische 12-Bar-Nummern sogar in der Minderzahl waren. Statt ausufernder Soli setzt die Band auf songorientierte Arrangements. Und die Songs leben dann vor allem von Blacks rauer Stimme. Selbstverständlich fallen einem als Vergleich Howlin Wolf, Tom Waits oder der alte Johnny Cash ein. Wie auch bei diesen Künstlern kommt so eine Ebene des lebenserfahrenen *Old Man* hinzu, die *Black* aber in seinen Ansagen sympathisch augenzwinkernd ironisierte.

Stilsicher und variantenreich ist Blacks Gitarrespiel vor allem bei den Slide-Parts auf einer halbakustischen Telecaster, ganz schön zu sehen auf einem bei youtube eingestellten Smartphone-Filmchen von *Buda, Texas Boogie* vom Celler Konzert. Sehr typisch ist auch die youtube-Aufnahme von *The Road Back Home* vom Nordestedter Gig der Band, wo *Black* eine Gibson-ähnliche „Imperator“ des französischen Gitarrenbauers LAG spielt (siehe Foto).

Der Rest der Band groovte geradezu großartig, wobei ich geneigt bin, den Preis des besten Sideman 2014 im *Herzog* an *Abder Benachour* zu vergeben. Präziser und unprätentiöser kann ein Bassist im Blues seinen Job nicht erledigen – und nebenbei bemerkt: Er ist ein Großmeister der Durchgangsteine.

Absolut hörenswert ist jedes der letzten drei Alben von *Neal Black & The Healers*: *Handful Of Rain* (2007), *Sometimes The Truth* (2011), *Before Daylight* (2014) – eine schöne Doppel-Live-CD (gemeinsam mit Nico Wayne Toussaint und Fred Chapellier) ist *B.T.C. Blues Revue – Live and more ...* (2012)

Am 20. Oktober kommt *Neal Black* übrigens wieder nach Celler.

Foto: Wolfgang Heermann



Emmas Glück

Immer wieder mal holt das "Kino achteinhalb - Kunst und Kultur e.V." außergewöhnliche Theaterproduktionen nach Celle. Am 6. März dürfen wir uns freuen auf: EM-MAS GLÜCK. Das Ein-Frauen-Stück, geschrieben von Kerstin Wittstamm (Schauspiel) und Caspar Harlan (Regie), handelt vom Sterben, erzählt aber von der unbändigen Lust auf Leben.

Emma lebt alleine auf einem heruntergekommenen, total verschuldeten Bauernhof. Sie ist einsam, hat sich aber mit trotzigem Pragmatismus darin eingerichtet. "Lieber Gott mach mich reich oder glücklich", hat sie jeden Abend bei offenem Fenster gebetet, jahrzehntelang. Eines Nachts wird sie von einem Knall geweckt – eine halbe Stunde später hat sie eine Tüte voller Geld in der Hand und einen nackten Mann im Bett: Max. Er hat Krebs und ist auf der Flucht vor dem Sterben mit geklauten Dollar und einem geklauten Auto aus der Kurve geflogen .



"Im Theater bedeutet Reduzierung manchmal größtmögliche Bereicherung. Das Ein-Frauen-Stück 'Emmas Glück' ist so ein Glücksfall. Basierend auf dem gleichnamigen Roman von Claudia Schreiber kommt es anders als die Verfilmung mit nur einer Darstellerin aus. Die aber hat es in sich! Mit Kerstin Wittstamm agiert eine 'Emma', die die literarische Vorlage förmlich in sich aufgesogen hat. Gemeinsam mit dem Regisseur Caspar Harlan hat sie auch das Textbuch geschrieben und bringt den bewegenden Stoff nun mit ebenso wilder wie zärtlicher Energie auf die Bühne. [...] Emmas Glück ist intensives Erzähltheater, aber Kerstin Wittstamm erzählt 'Emma' nicht, sie ist Emma. So wie sie auch Max ist und all die anderen tragisch-komischen Figuren dieser Geschichte. Unversehens wechselt der Text von der Vergangenheit ins Präsens, wachsen aus der Rückschau Dialoge, werden Situation dramatisch zugespitzt: Drama, Krimi und Liebesgeschichte in einem, und immer wieder zum Heulen schön." (Gwen Fähser)

Freitag, 6. März 2015, 20.00 Uhr, Halle 19 (CD-Kaserne)

Eintritt: 15,- Euro; ermäßigt (für Bezieher*innen von SGB II und XII): 5,- Euro - die Karten sind über die Theaterkasse des Schlosstheaters erhältlich sowie im Kino achteinhalb.



Vor der italienischen Insel Lampedusa versinkt am 3. Oktober 2013 ein mit 545 Flüchtlingen völlig überladener Kutter. 366 von ihnen ertrinken: Menschen aus Eritrea, Somalia, Äthiopien und Syrien, die vor Krieg und Armut flohen, voller Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa.

Ausgehend von den Ereignissen hat die Projektgruppe „*Unser Herz schlägt auf Lampedusa*“ eine szenische Lesung erarbeitet. Die Gruppe besteht aus deutschen und italienischen Hannoveraner*innen. Sie gründete sich unmittelbar nach der Tragödie. Ziel ist es, Jugendliche und Erwachsene auf die Flüchtlingsproblematik aufmerksam zu machen, sie dafür zu sensibilisieren und die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen zu erhöhen. Mit den Lesungen setzt die Gruppe ein Zeichen konkreter Solidarität, indem alle Erlöse an anerkannte Organisationen weitergeleitet werden, die für und mit Flüchtlingen arbeiten.

Die zentralen Fragen der Lesung sind: Was geschah an jenem Morgen? Was erlebten die Flüchtlinge? Wie reagierten Einwohner, Touristen, Behörden? Hätte man mehr Menschen retten können? Wer trägt die Verantwortung für die Tragödie? Was müssten Italien und Europa tun, damit sich solche Ereignisse in Zukunft nicht mehr wiederholen?

Antonio Umberto Riccò hat aus Zeugenaussagen und dokumentarischem Material einen erschütternden Text entwickelt, der unterschiedliche Perspektiven auf die Katastrophe eröffnet und insbesondere die Einwohner*innen von Lampedusa eindringlich zu Wort kommen lässt. Der italienische Musiker Francesco Impastato hat eigens für dieses Projekt sechs Lieder komponiert.

Sprecherinnen und Sprecher vom Spielkreis Theater der Matthias Kirche (Hannover) werden hier in Celle bei der 43. Lesung den Text vortragen. Die Gruppe stellt aber auch das Material zur Verfügung, wenn das Stück weiter entfernt vorgestellt werden soll, das geht völlig unkompliziert.

6200 Flüchtlinge aus Eritrea, Somalia, Äthiopien und Syrien sind zwischen 2003 und 2014 laut amtlichen Angaben im Mittelmeer zu Tode gekommen.

Weitere Informationen zu dem Projekt: <http://www.lampedusa-hannover.de/>

Freitag, 20. Februar 2015 um 19.00 Uhr im Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenweise 9.

Veranst.: Diakonisches Werk Celle, Arbeitskreis Celle, Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus - Eintritt frei, um Spenden wird gebeten. Im Anschluss an die Lesung findet eine Gesprächsrunde statt.

Hintergründiges zur Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“

„Kein einziger Richter und „Kein einziger Staatsanwalt sind wegen ihrer Taten als Teil der NS-Justiz rechtskräftig verurteilt worden. Denn der Bundesgerichtshof hatte entschieden, dass ein Richter wegen Mordes nur belangt werden kann, wenn ihm Rechtsbeugung nachgewiesen wird, er also bewusst und vorsätzlich falsches Recht gesprochen hat – ein Beweis, der praktisch nicht zu führen ist, es sei denn, der Richter ist dumm genug, zuzugeben, dass er mit Vorsatz Unrecht gesprochen hat.“ (Der Spiegel, 20/1999)

Zum öffentlichen Skandal wurde dies erst mit der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz – Dokumente zur NS-Justiz“, die von 1959 bis 1962 in zehn Universitätsstädten der Bundesrepublik und in West-Berlin gezeigt wurde. Sie thematisierte anhand kopierter Dokumente die Sondergerichtsjustiz des NS-Staates und zeichnete den Ablauf von Verfahren und Urteilen ab. Verbunden war dies mit dem Hinweis darauf, dass die beteiligten Richter und Staatsanwälte weiterhin in der Justiz der Bundesrepublik Dienst taten.

Initiator der „Aktion Ungesühnte Nazijustiz“ und der Ausstellung war der damals in Berlin studierende Reinhard Strecker. Er wird am Dienstag, den 17. März, 18.30 Uhr, im Saal der Volkshochschule auf die Erarbeitung der Ausstellung und die Resonanz, die sie erfuhr zurückblicken.

Reinhard Strecker ist nicht das erste Mal in Celle. Der 1930 in Zehden (Oder) geborene Sohn eines Richters erwarb in Paris die Hochschulreife und kehrte 1954 nach Deutschland zurück – und zwar zunächst nach Celle, wo sein Vater nach 1945 Oberlandesgerichtsrichter geworden war. Aber es war für ihn nur eine Zwischenstation auf dem Weg an die Freie Universität Berlin, wo Strecker indogermanische Sprachen studierte. Bis zur Rente arbeitete er am Berliner Goethe-Institut.

Dass in der westdeutschen Justiz zahlreiche Funktionsträger des NS-Staats wieder „in Amt und Würden“ gekommen waren, hatte Strecker von Kommilitonen in einer deutsch-israelischen Studentengruppe gehört. Eigenständig recherchierte er einige Fälle und wollte Anfang 1959 über den Konvent der Universität eine Petition an den Deutschen Bundestag richten. Gefordert wurde, dass der Bundestag prüfen solle, was an den Vorwürfen dran sei, dass KZ-Ärzte wieder praktizieren und schwer belastete NS-Juristen wieder amtierenden würden. Die Petition wurde auf Druck des Berliner Senats gestoppt.



Aber es unterschrieb daraufhin eine größere Anzahl an Professoren und quer durch die Universitäten wurden mehrere 10.000 Unterschriften gesammelt.

Parallel begann die Arbeit an der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“, die am 27. November 1959 unter der Schirmherrschaft des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in der Karlsruher Stadthalle eröffnet wurde. In der Einladung zur Eröffnung hieß es: „Hundert von heute wieder tätigen Richtern und Staatsanwälten haben während des Nazi-Regimes schwere Verbrechen begangen. Um diese Verbrechen - noch ehe sie verjähren - zu sühnen, hat der Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes die SDS-Gruppen an allen deutschen Universitäten und Hochschulen zur 'Aktion Ungesühnte Nazijustiz' aufgerufen. Ziel der Aktion ist es, zu veranlassen, dass alle schwerwiegenden Vorwürfe gegen amtierende Richter überprüft werden und dass während und unmittelbar nach der Ausstellung Strafanzeigen gegen alle schwer belasteten Richter erstattet werden.“



Reinhard Strecker (l.) und Helmut Thielicke, Rektor der Uni Hamburg, am 29. Mai 1961 bei der Eröffnung der Ausstellung im Pädagogischen Institut.

Ausgestellt wurden auf einfachen Tischen 140 Schnellhefter, die nur Texte enthielten: Gerichtsurteile, Auszüge aus Personalakten, Abschriften aus den Namenshandbüchern der deutschen Justiz. Ergänzt wurde das Ganze durch handschriftliche Texte auf Bahnen unbedruckten Zeitungspapiers.

Die Unterlagen hatten Strecker und seine Kommilitonen vor allem in Archiven in Ost-Berlin, Prag und Warschau gefunden und kopiert. Dass die „Exponate“ der Ausstellung auch aus der DDR stammten, schien ihre Glaubwürdigkeit bei vielen zu diskreditieren. Dies war vorbei, als Generalbundesanwalt Max Güde in einem Interview die Authentizität der Dokumente bestätigte. Mitte Januar 1960 erstattete Strecker – letztlich ergebnislos – Strafanzeigen gegen 43 ehemalige Richter der NS-

Sondergerichtsbarkeit.

Im Jahr 1960 kam die Ausstellung auch nach Amsterdam, Utrecht und Leiden in den Niederlanden und nach Großbritannien, wo Oxforder Studenten eine Auswahl der Dokumente im traditionsreichen Corpus Christi College präsentierten.

Gerade auch durch die Auslandsstationen schlug die Ausstellung hohe Wellen auch in der Bundesrepublik. Die CDU/FDP-Bundesregierung sah sich zum Handeln genötigt. Doch man baute den Nazi-Richtern und -Staatsanwälten goldene Brücken. Im September 1961 wurde mit der Änderung des Richtergesetzes all jenen, die in der Zeit vom 1. September 1939 bis 9. Mai 1945 in der Strafrechtspflege mitgewirkt hatten, die Möglichkeit gegeben, bei vollen Pensionsbezügen in den Ruhestand zu gehen. Eine einfache Erklärung reichte, den Pensionären wurde weder ein Schuldgeständnis, noch ein Zeichen der Reue abgefordert. 149 Stützen der deutschen Justiz machten davon Gebrauch. „Die Ausstellung [...] hat sicher dazu beigetragen, daß dieses Richtergesetz endlich zustande gekommen ist“, schrieb der SPIEGEL.

In einem Begleittext zur Ausstellung „Justiz und Nationalsozialismus“ aus dem Jahr 1989 heißt es hinsichtlich der gescheiterten Aufarbeitung: „Am Ende steht die biologische Amnestie.“

Glienke, Stephan Alexander: Die Ausstellung "Ungesühnte Nazijustiz" (1959 - 1962). Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen. NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008. 349 Seiten, 59,00 EUR. ISBN 978-3-83293-803-1.

Oy, Gottfried/Schneider, Christoph: Reinhard Strecker, 1968 und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiografie, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2014, 252 Seiten, 24,90 EUR, ISBN 978-3-89691-933-5.

Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939

Die Volkshochschule Celle zeigt ab Mittwoch, den 4. Februar 2015 in der Trift 20 die Ausstellung „Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939“. Auf 12 Plakaten werden mit Fotos und Dokumenten Hintergrund und Folgen des Attentats erläutert.

„Wäre Hitler am 8. November 1939 nur ein paar Minuten länger im Bürgerbräukeller geblieben – Johann Georg Elser wäre heute womöglich ein Nationalheld. Der Mann, der Deutschland vom Tyrannen befreite. Doch Hitler entkam der Bombe, Elser geriet in Vergessenheit. Weder die Bundesrepublik noch die DDR konnte etwas mit ihm anfangen.“ Das schreibt Claus Christian Malzahn in seinem Aufsatz „Dreizehn Minuten, die der Weltgeschichte fehlen“. Hitler begann seine Rede im Bürgerbräukeller wegen des Nebels in München 30 Minuten früher als geplant und verließ den Saal um 21.07 Uhr. Dreizehn Minuten später explodierte die von Elser gelegte Bombe.



Malzahn: „Natürlich weiß man nicht, wie die deutsche Geschichte verlaufen wäre, wenn ein Attentat Hitler im Herbst 1939 aus dieser Welt geworfen hätte. Der Zweite Weltkrieg war schon im Gange; zwar noch nicht im Westen, aber deutsche Panzer rollten bereits durch Warschau. Es ist nicht sicher, ob sich die Wehrmacht nach Hitlers Tod sofort aus dem eroberten Territorium zurückgezogen hätte. Und wie lange hätte es gedauert, bis die Deutschen das Regime gestürzt und die Demokratie eingeführt hätten? Aber zu einem Weltenbrand mit 50 Millionen Toten wäre es wohl nicht gekommen.“

In Begleitung zur Ausstellung bietet die VHS am Donnerstag, den 12. März, 18.30 Uhr, unter dem Thema „Georg Elser – Erinnerungskultur in Deutschland“ einen Vortrag mit Dokumentarfilm an (Gebühr: 5 Euro).

Das Kino achteinhalb wird Anfang April dann den Spielfilm „Georg Elser - Es muss sein!“ von Oliver Hirschbiegel zeigen.

Das Foto oben zeigt das Denkmal für Georg Elser in der Berliner Wilhelmstraße (Foto: Simon Q).





Rainer Trampert wird am 1. April 2015 in Kunst und Bühne – das ist kein Aprilscherz – eine Lesung halten. Er wird sein neues Buch „Europa zwischen Weltmacht und Zerfall“ vorstellen, einige Passagen zum Besten geben und zur Diskussion zur Verfügung stehen. Rainer Trampert war vor Jahrzehnten Chef der Grünen; damals, als die Grünen noch für Pazifismus und Umverteilung von oben nach unten standen – und nicht umgekehrt.

Warum stagniert der alte Kapitalismus, während die halbe Menschheit (China, Indien, Brasilien usw.) sich auf dem Weg der größten Industrialisierung aller Zeiten befindet? Warum ist Europa der Sanierungsfall des Weltkapitalismus, dem die große Kapitalvernichtung noch bevorsteht? Hier einige Zitate: „Innerhalb Deutschlands ist das ökonomische Gefälle größer als zwischen Nord- und Südeuropa. Deshalb alimentieren Bund, Länder und Sozialversicherungen Ostdeutschland laut ifo – Institut jedes Jahr mit 60 Milliarden Euro – bis 2010 waren 1,2 Billionen aufgelaufen.“ „Griechenland mit der Drachme zu beglücken, würde zum Ruin der Griechen führen.“ „Wenn Deutschland zur DM zurückkehrte, brähe die Industrieproduktion durch die starke Aufwertung der DM nach seriösen Schätzungen um 25 Prozent ein. Ostdeutschland würde ... wirtschaftlich zusammenbrechen.“ Der Kapitalismus nährt mit seiner Profitlogik und seinem Konkurrenzkampf die ungleichmäßige Entwicklung der Gesellschaften: hier boomende Zentren, dort darben Peripherie.

Tramperts Schreibe ist polemisch und gut zu verstehen, oft mit überraschenden historischen Ausflügen. Um korrektes Zitieren schert er sich nicht, Schaubilder oder Fotos sind überflüssig, sein Literaturverzeichnis folgt seinem eigenen Alphabet.

Schwer nachzuvollziehen ist sein Ausflug in den Antisemitismus, eigentlich auch ein Bruch in seinem Buch: Da krie-

gen dann Attac, die Grünen und Die Linke, aber auch die „junge welt“ voll ihr Fett ab.

Am 1. April 2015, 19.30 Uhr, gibt es die Chance, den Autor live zu erleben und mit ihm zu streiten oder auch nicht. Der Eintritt ist frei.

Wer rettet wen?

Seit fünf Jahren werden Banken und Länder gerettet. Politikerinnen und Politiker schaffen immer neue Rettungsfonds, während mitten in Europa Menschen wieder für Hungerlöhne arbeiten. Es wird gerettet, nur keine Rettung ist in Sicht. Der Film „Wer rettet wen“ zeigt, wer dabei wirklich gerettet wird: Nie ging es um die Rettung der Griechen, nie um die der Spanier oder Portugiesen. Stets geht es nur um das Wohl der Hauptverdiener an diesen Krisen: den dort mit hochriskanten Spekulationen engagierten Banken.

Die Verfechter der Rettungsschirmpolitik behaupten, sie sei alternativlos. Ja warum sollen dann Parlamente abstimmen, wenn es keine Alternativen gibt. Der Film „Wer rettet wen“ zeigt, dass es sie gibt, die Alternativen. Den Banken gefallen sie natürlich nicht.

Die internationale Koproduktion von Leslie Franke und Herdolor Lorenz wird am Mittwoch, dem 11.02.2015, in mindestens 150 europäischen Städten zur selben Zeit Premiere feiern.

„Wer rettet wen“ ist als „Film von unten“ entstanden – finanziert von denen, die ihn sehen wollen, die ihn zeigen wollen, die dieses Hilfsmittel als Aufklärung brauchen. Was ein derartiger Film an Verständnis und Mobilisierung leisten kann, haben ähnlich angelegte Projekte der Filmemacher wie „Bahn unterm Hammer“ und „Water Makes Money“ bewiesen.

In Celle läuft der Film am Mittwoch, 11.02.2015, um 20.00 Uhr im Kino achteinhalb. Es wird kein Eintritt genommen, aber eine Sammelbüchse aufgestellt, deren Inhalt dann an das Projekt überwiesen wird.





Kino 8 1/2 im Februar

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



30. und 31. Januar

Timbuktu

Eine Gruppe islamistischer Rebellen besetzt die Oasenstadt Timbuktu in Mali und verhängt ein strenges fundamentalistisches Regelwerk. Anfangs nehmen die Einwohner die Dschihadisten nicht ernst, sondern führen ihr Leben wie gewohnt weiter, doch schon bald sehen sie sich mit der Scharia konfrontiert. Der lakonische Film fängt meisterhaft die wachsende Erschöpfung eines vormals toleranten und weltoffenen Gemeinwesens ein. Ausdrucksstarke Figuren tragen das bildmächtige tragische Geschehen, das die Frage nach der Rolle von Freiheit und Humanität stellt.

Frankreich/Mauretanien, Kinostart: 11.12.2014; 96 Minuten

06. Februar

Storys we tell

Die Schauspielerin und Regisseurin Sarah Polley sucht nach den Spuren ihrer früh verstorbenen Mutter. Im Austausch mit Geschwistern, dem Vater und Verwandten erfährt sie Familiengeschichte(n) als mehrstimmige, teils widersprüchliche Erzählungen, in denen Erinnerungen, persönliche Erlebnisse, Gerüchte und die Lust an Mythenbildung miteinander verschmelzen. Der unterhaltsame Dokumentarfilm legt seine formalen Mittel wiederholt offen und hinterfragt selbstkritisch die eigene Position. Das verleiht ihm ein hohes Maß an Selbstreflexivität.

Kanada 2012, Filmstart: 27.3.2014, 113 Minuten

07. Februar, 15.00 – 23.00

20 Jahre achteinhalb Jubiläum

Fr., 06. März, 20.00

Emmas Glück

Eine junge, resolut-robuste Schweinezüchterin begegnet einem introvertierten, unheilbar an Krebs erkrankten Autoverkäufer. Ihre zunächst eher kuriose Beziehung reift zur leidenschaftlichen, von tiefem Vertrauen geprägten Liebe, die ihnen hilft, ihre jeweiligen Lebens- und Todesängste zu meistern. Die Fabel wechselt zwischen einfühlsam-poetischen und slapstickartigen Momenten im Stil einer Comedy-Posse. Dabei wird das zentrale Thema der humanen

Sterbehilfe jedoch nie vertieft und eher als schicke, kitschig-pathetische "Vision" verklärt.

Deutschland 2006, Kinostart: 17.8.2006, 103 Minuten

In Koop mit dem Onkologischen Forum, Eintritt: 4 Euro

13. und 14. Februar

Eine Taube sitzt auf einem Zweig und denkt über das Leben nach

Eine lose Folge absonderlicher, vage über Orte, Themen und Figuren verbundener Szenen, die zwischen Zynismus, Verzweiflung und Tragik changieren. Dabei reicht die Bandbreite von gespielten Witzen und sarkastischen Reflexionen bis zu tiefen Einsichten über die Absurdität des Daseins. Die wohlstilisierten, meist exakt nach dem Goldenen Schnitt eingerichteten und bis ins letzte Detail choreographierten Szenen sind befremdlich schön und strahlen etwas Artifizuell-Manieriertes aus. Ein philosophisch-misanthropischer Film als kluge Betrachtung der menschlichen Existenz.

SWE/Norwegen 2014; Kinostart: 01.01.2015; 100 Minuten

Mi., 18. Februar, 19.30

Citizenfour

Im Juni 2013 treffen sich die Filmemacherin Laura Poitras und der Journalist Glenn Greenwald in Hongkong mit dem US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden, der ihnen via Mail-Verkehr Beweise für die Massenüberwachung und Massenausspähung normaler Bürger durch den US Geheimdienst NSA in Aussicht gestellt hat. Poitras dokumentierte die Treffen mit der Kamera, was die Basis für einen faszinierenden Dokumentarfilm über die Snowden-Affäre bis zu seinem Asyl in Russland und die politische Sprengkraft seiner Enthüllungen liefert. Zwar bringt er dabei kaum neue Erkenntnisse und bleibt zwangsläufig einseitig im Ansatz, beeindruckt aber als engagierte und spannende Aufarbeitung eines weltweit Kreise ziehenden Skandals.

D/USA 2014, Kinostart: 6. November 2014, 113 Minuten

In Koop. mit Rosa-Luxemburg-Club, Eintritt frei

20. und 21. Februar

Die Wolken von Sils Maria

Eine gefeierte Schauspielerin um die 50 soll an der Neuinszenierung jenes Theaterstücks mitwirken, das sie vor 20 Jahren berühmt machte. Während sie die Rolle einer älteren Frau spielen soll, wird ihre einstige Rolle von einem Hollywood-Starlet verkörpert. Im Schweizer Bergdorf Sils Maria, in das sie sich mit ihrer jungen Assistentin zurückzieht, geraten die Vorbereitungen zur krisenhaften Erfahrung. Die Geschichte einer Lebens- und Rollenkrise enthüllt sich als ebenso melancholischer wie ironischer Kommentar auf die digitale Moderne. Dabei sind die Beziehungen zwischen den Figuren ebenso vielschichtig wie die komplexen (film-)kulturellen Referenzen.

Frankreich/Schweiz/Deutschland 2014; Kinostart: 18. Dezember 2014; 124 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Do., 29. Januar, 19.00
bis So., 15. März

Lotte Cohn – Baumeisterin im Land Israel“

Ausstellung über Siedlungskonzeptionen bei der Errichtung einer neuen „jüdischen Heimstätte“ in Palästina am Beginn des 20. Jahrhunderts. Lotte Cohn (1893 Charlottenburg–1983 Tel Aviv) nimmt hierbei eine besondere Rolle ein.
Celler Synagoge, Im Kreise 24
Eröffnung: Do., 29. Januar, 19.00 Uhr
Laufzeit: 30. Jan. bis 15. März 2015

Mi., 04. Februar, 17.30

Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939

Ausstellungseröffnung, s.S. 32
VHS Celle, Trift 20

Mi., 11. Februar, 20.00

Film: Wer rettet wen?

Mehr s. S. 33
Kino 8 1/2, Hannoversche Str. 30 e

Do., 12. Februar, 20.00

Von der Macht der Dichter und von ihrer Ohnmacht

Eine Arno-Schmidt-Lesung zusammengestellt von Bernd Rauschenbach

Es geht es um die Pflicht des Schriftstellers zum „schärfsten öffentlichen Widerspruch, sobald wir einen Missstand zu entdecken meinen; lieber einmal zu oft und lieber einmal zu laut, als einmal zu wenig!“ – und den Fluch des ohnmächtigen Scheiterns, dann aber auch wieder um die Macht des Wortes ...
Halle 19 (CDK), Eintritt: ??

Fr., 20. Februar, 19.00

Ein Morgen auf Lampedusa Szenische Lesung mit Musik

Vor der italienischen Insel Lampedusa versinkt im Oktober 2013 ein mit 545 Flüchtlingen völlig überladener Kutter. 366 von ihnen ertrinken. Aussagen von Überlebenden, Tourist_innen, Anwohner_innen, Helfer_innen wurden übersetzt, verdichtet und sind die Texte der Lesung. sh. S. 30
Eintritt frei, Spenden sind erbeten
Veranst.: Diakonisches Werk, Arbeitskreis Ausländer, Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus
Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese 9, 29221 Celle

So., 01. März, 19.00

Erich Mühsam, ein Reigen!

Aus dem Textzyklus „Die Psychologie der Erbtanten“ aber auch Lieder sowie zeitkritische politische Texte von Erich Mühsam
Celler Synagoge, Im Kreise 24

Di., 17. März, 18.30

Ein Zeitzeuge berichtet über die "Aktion Ungesühnte Nazijustiz"

Diskussion und Vortrag mit Reinhard Strecker

Strecker und seine Mitstreiter vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund machten durch ihre Recherchen öffentlich, wo und in welchem Umfang in den Nationalsozialismus verstrickte Juristen ihre Karrieren nahezu bruchlos fortgesetzt hatten. Seine Empörung über die skandalöse Vergangenheitspolitik der Bonner Regierung verwandelte er in konkrete Aktionen und Forderungen gegen den drohenden Schlussstrich durch Verjährung.

Veranst.: Rosa-Luxemburg-Club Celle in Kooperation mit der Volkshochschule Celle.

Eintritt frei
Volkshochschule, Trift 20, Celle

Mi., 01. April, 19.30

Rainer Trampert

Lesung und Diskussion zu "Europa zwischen Weltmacht und Zerfall"

s.S. 33
Kunst & Bühne, Nordwall 46

Mi., 08. April, 14.30

Antifaschistischer Stadtrundgang

Die Historiker Reinhard Rohde und Tim Wegener führen an Orte, die für Opfer, Täter und Zuschauer in der Zeit des Nationalsozialismus von Bedeutung waren.
Anmeldung bei VHS, Kosten: 6.- €
Treffpunkt Synagoge, Im Kreise

Mi., 08. April, 19.00

Celle, April 1945: Bombenangriff und Massaker an KZ-Häftlingen

Der Historiker Dr. Bernhard Strebel (Autor der Studie „Celle April 1945 revisted“) stellt seine Forschungsergebnisse unter Einbeziehung neuer Quellenfunde vor.
Celler Synagoge, Im Kreise 24

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 13. März

Kunst & Kultur

So., 08. Februar, 14.30 + 19.00

„... Och! Zwei Nordlichter sprechen sich aus“

Werner Momsen & Matthias Brodowy
CZ-ABO 20,-, VVK 23,-, AK 25,-
Hof Wietfeld, Bennebostel

Mo., 09. Februar, 20.00

Gregor Hilden & the All Stars Band

Herzog-Ernst, Neue Straße 15, Celle

Sa., 14. Februar, 20.00

Jam-Session

CRI-Räume, Gelände der CDK,
Hannoversche Str. 30

Sa., 14. Februar, 19.30

Die Lange Nacht der Poesie

von und mit Manfred Hausin
Einlass 19:00 Uhr
VVK 25,90 Euro, erm. 19,90 Euro
CDK, Hannoversche Str. 30

Sa., 14. Februar, 20.30

So what?!

Aimely, Torplatz 2, Celle

So., 15. Februar, 20.00

Caroline No

Singer-Songwriter-Duo
VVK 17,90 / AK 19,00
CDK, Hannoversche Str. 30

Fr., 20. Februar, 20.15

Caroline Aiken Duo

Aimely, Torplatz 2

Fr., 20. Februar, 20.00

Sophie(l) zum Thema Jazz

AK 10,00
Kunst & Bühne, Nordwall 46

Fr., 20. Februar, 19.30

Hermann Wilhelm Franz Ueltzen Ein Dichter zwischen Aufklärung und Empfindsamkeit

Leben & Werk - Buchvorstellung
Lesung & Gespräch mit Oskar Ansull
Kantoreisaal (alte Lateinschule),
Kalandgasse 5

Fr., 27. Februar, 20.00

Open Stage

CRI-Räume, Gelände der CDK

So., 01. März 18.00

Tim Fischer singt Georg Kreisler- Chansons

ABO 27 Euro, VVK 30 Euro
Schlosstheater Celle

Fr., 06. März, 19.00

Session der Neuen Jazz-Initiative

Eintritt frei
Kunst & Bühne, Nordwall 46

Fr., 06. März, 20.00

Emmas Glück

Theater – Gastspiel in Kooperation
mit dem Kino achteinhalb
AK 15,- / 5,-, VVK (Schlosstheater)
CD-Kaserne, Halle 19, Hannoversche
Str. 30, Celle, sh, S.: 30

Sa., 07. März, 20.00

Michy Reincke

VVK 23,90 / AK 27,00
CDK, Hannoversche Str. 30

So., 08. März, 20.00

Leipziger Pfeffermühle

„Glaube, Liebe - oder Selbstanzeige?“
VVK 21,90 Euro, AK 23,00 Euro
CDK, Hannoversche Str. 30

Fr., 13. März, 20.30

Projekt Timeline & Friends

VVK 12,90 / AK 14,00
CDK, Hannoversche Str. 30

Sa., 14. März, 20.30

Jam-Session

CRI-Räume, Gelände der CDK,
Hannoversche Str. 30

Fr., 20. März, 21.00

Freedom! The Party

AK 5,00
CDK, Hannoversche Str. 30

Sa., 21. März, 20.00

Konzert mit Sidney Ellis & Her Midnight Preachers

Veranst.: NJIC in Kooperation mit der
Stadt Celle
VVK: 12,- Euro, AK: 15,-/10,- Euro
Kunst&Bühne, Nordwall 46

Ständige Termine

Arbeitskreis „Eine Welt“

Jeden Mi. 19.30 Uhr
Weltladen
Zöllnerstr. 29

Weltladen Öffnungszeiten

Mo.-Fr. 10 - 17, Do. 10 - 18.30
Sa. 10 - 14 Uhr

Attac-Plenum

Jeden 3. Di im Monat
20.00 Uhr in der DAA
Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

Jeden 2. Di. im Monat
19.30 Uhr, Buntes Haus,
Hannoversches Str. 30f

Umsonst-Laden

Jeden Di. und Do.,
17.00 - 19.00 Uhr
Buntes Haus

Bunt Sozial Gerecht e.V.

Erwerbslosenberatung
Mo. + Mi., 14 - 17.45 Uhr
Neustadt 52

Buntes Haus Plenum

Jeden Donnerstag, 19.00 Uhr
Buntes Haus
Hannoversches Str. 30f

Montagskneipe

Jeden Montag, 19.00 Uhr
Buntes Haus
Hannoversches Str. 30f

Fr, 27. März 20.00

Open Stage

CRI-Räume, Gelände der CDK,
Hannoversche Str. 30

Sa, 28. März 20.00

Grainne Duffy

Herzog-Ernst, Neue Straße 15, Celle

Mi., 01. April 20.00

Fowokan (UK/JAM)

Herzog-Ernst, Neue Straße 15, Celle

Fr., 17. April 20.00

Anne Haigis mit Songperlen

VVK 20 Euro,
Hof Wietfeld, Bennebostel 1